

**2024-1**  
MIDEM Report

# POLARISIERTE POLITISCHE LANDSCHAFTEN

**DIE LANDTAGSWAHLEN IN SACHSEN UND  
THÜRINGEN AM 1. SEPTEMBER 2024**

**HANS VORLÄNDER  
MAIK HEROLD  
FELIX HORMIG  
STEVEN SCHÄLLER**

**Zitiervorschlag:**

*Vorländer, Hans / Herold, Maik / Hormig, Felix / Schäller, Steven* 2024: Polarisierte politische Landschaften: Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am 1. September 2024. MIDE M Report 2024-1, Dresden.

# INHALTSVERZEICHNIS

	<b>ZENTRALE ERGEBNISSE</b>	4
1.	<b>AUSGANGSLAGE</b>	5
2.	<b>WAHLERGEBNISSE</b>	9
3.	<b>ANALYSEN</b>	13
	<b>ANHANG</b>	22
	<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	24
	<b>AUTOREN</b>	25
	<b>IMPRESSUM</b>	26

## ZENTRALE ERGEBNISSE

### **Wahlentscheidende Themen in Sachsen und Thüringen**

- Zuwanderung, Innere Sicherheit/Kriminalität und Soziale Sicherheit waren in Sachsen und Thüringen diejenigen Themen, welche für die Wahlentscheidung der Menschen die größte Rolle spielten.
- Bei Zuwanderung und Innere Sicherheit wurde in beiden Bundesländern der AfD die höchste Problemlösungskompetenz zugeschrieben.

### **Wahlverhalten in gesellschaftlichen Subgruppen in Sachsen und Thüringen**

- CDU und BSW wurden in Sachsen und Thüringen besonders häufig von älteren Jahrgängen (60+) gewählt. Die AfD hingegen erzielte in der höchsten Alterskohorte deutlich schlechtere Ergebnisse als in den mittleren und jüngeren **Altersgruppen**. In Thüringen erreichte sie mit 38 Prozent unter den 18- bis 24-Jährigen ihr stärkstes Ergebnis.
- Die Linken haben in Sachsen und Thüringen vor allem in den Jahrgängen 60+ starke Stimmenverluste hinnehmen müssen. In diesen Wählergruppen hat offensichtlich ein besonders großer Teil ihrer ehemaligen Wählerschaft der Partei den Rücken gekehrt.
- Die Grünen hingegen mussten in Sachsen und Thüringen vor allem unter den jüngeren Wählerinnen und Wählern (18-24 Jahre) hohe Verluste hinnehmen. In beiden Bundesländern haben sie im Vergleich zu 2019 in dieser Gruppe mehr als die Hälfte ihrer Stimmenanteile verloren.
- Die AfD hat sich in Sachsen und Thüringen mittlerweile fest als **„Arbeiterpartei“** etabliert. Mit 45 Prozent in Sachsen und 49 Prozent in Thüringen fiel ihr Stimmenanteil unter den Arbeiterinnen und Arbeitern besonders hoch aus.
- In den Wahlergebnissen zeigte sich auch eine starke **Diskrepanz zwischen „alteingesessenen“** und den in jüngerer Vergangenheit **zugezogenen Bevölkerungsgruppen**. In Sachsen etwa wählten unter den im vergangenen Jahrzehnt zugezogenen Personen nur 21 Prozent CDU und 17 Prozent AfD, jedoch 19 Prozent Grüne und 14 Prozent Linke. In der Gruppe derjenigen, die bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten im Bundesland leben, kamen CDU und AfD hingegen auf Stimmenanteile von 34 bzw. 32 Prozent, Grüne und Linke jedoch nur auf 4 und 3 Prozent.

### **Strukturelle Determinanten der Wahlentscheidung in Sachsen 2024**

- Die Wahlergebnisse der AfD fallen in Sachsen umso stärker aus, je **ländlicher und damit dünner besiedelt** eine Gemeinde ist und je weiter die Gemeinde von den Bevölkerungszentren des Freistaats entfernt liegt. SPD, Grüne und Linke hingegen wurden in den dicht besiedelten urbanen Räumen mit zum Teil deutlich höherer Wahrscheinlichkeit gewählt.
- Ein höherer **Anteil unter 18-Jähriger** ist in Sachsens Gemeinden tendenziell mit deutlich höheren Stimmenanteilen für die Grünen und deutlich niedrigen Stimmenanteilen für die BSW verbunden, während die Ergebnisse von CDU, AfD, Linken und SPD davon nicht beeinflusst werden.
- Je stärker in einer Kommune in den vergangenen zwei Jahrzehnten das **Durchschnittsalter der Bevölkerung** gestiegen ist, umso höher fielen 2024 die örtlichen Stimmenanteile der CDU und umso geringer diejenigen von Grünen und Linken aus.
- In jenen sächsischen Gemeinden, die 2022 höhere **Arbeitslosenquoten** zu verzeichnen hatten, wurde 2024 tendenziell eher SPD, Grüne und Linke, jedoch weniger häufig die AfD gewählt. War hingegen die **Arbeitslosenquote vor zwei Jahrzehnten** besonders ausgeprägt, hatte eine Gemeinde also um die Jahrtausendwende mit ökonomischen Problemen zu kämpfen, so fallen dort heute die Stimmenanteile der AfD tendenziell höher, die von SPD, Grünen und BSW hingegen geringer aus.
- Eine hohe **Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge** geht in Sachsens Gemeinden mit höheren durchschnittlichen Stimmenanteilen der CDU einher. Dort, wo die Menschen hingegen schlechter mit Medizin-, Verkehrs-, Bildungs- und digitaler Kommunikationsinfrastruktur versorgt sind, errang die AfD bessere Wahlergebnisse. Für alle anderen Parteien ist kein derartiger Zusammenhang messbar.

## 1. AUSGANGSLAGE

Sachsen und Thüringen standen in den vergangenen Jahren immer wieder im Fokus der Öffentlichkeit. Unterschiedliche politische Entwicklungen und Ereignisse – etwa die Aufdeckung der NSU-Mordserie im November 2011, die Entstehung von PEGIDA in Dresden 2014, Wahlerfolge rechtsextremer Parteien oder die hohe Zahl an Protesten gegen die staatlichen Pandemieschutzmaßnahmen anlässlich der Ausbreitung des Coronavirus ab Mitte 2020 – haben beide Bundesländer in der Vergangenheit immer wieder als Hotspots von politischer Unzufriedenheit, Widerstand und Protest in die Schlagzeilen gebracht.

Mit Blick auf die **politischen Einstellungen der Bevölkerung** zeigen Studien seit Jahren, dass rechtsextreme, autoritäre sowie insbesondere fremden- und islamfeindliche Orientierungen in Sachsen und Thüringen häufiger als etwa im Westen des Landes anzutreffen sind, sich deren Verbreitung zugleich aber von anderen ostdeutschen Bundesländern kaum unterscheidet (Rees et al. 2021; Reuband 2022). Darüber hinaus lassen sich zum Teil große regionale Unterschiede im Inneren beobachten. So ist die politische Stimmung in Ostsachsen eine andere als im Umland von Leipzig, im strukturschwachen Altenburger Land eine andere als im katholisch geprägten Eichsfeld. Politik- und Demokratieverdruss wiederum zeigen sich in den ländlichen Regionen Sachsens weniger stark verbreitet als in den sog. ‚Mittelzentren‘ (Vorländer / Herold 2023; Vorländer et al. 2021; Vorländer 2024). In Thüringen hingegen ist insbesondere seit der COVID-19-Pandemie ein starker Einbruch der Werte für die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in die parteienstaatlichen Institutionen zu beobachten (Hebenstreit / Reiser 2023; Reiser et al. 2023).

Auch mit Blick auf die **Entwicklung der Wahlergebnisse** können in beiden Bundesländern ähnliche Verschiebungen auf dem Wählermarkt beschrieben werden. Der langfristige Trend zeigt dabei vor allem einen stetigen Vertrauensverlust gegenüber den einstmaligen großen Volksparteien CDU und SPD.

So hat in **Sachsen** die seit 1990 ununterbrochen regierende CDU bis 2019 insgesamt mehr als 700.000 Stimmen verloren – Verluste, die nicht durch andere Parteien, wie SPD, Grüne, Linke und FDP, aufgefangen werden konnten. Stattdessen stieg die Zahl der Nichtwähler stetig an, bis 2014 schließlich nur noch rund 49 Prozent der Wahlberechtigten an den Wahlen zum Sächsischen Landtag teilnahmen. Zudem ist in Sachsen seit 1990 ein vergleichsweise starkes Stimmenpotenzial für Gruppierungen am rechten Rand zu beobachten. Dieses Stimmenpotenzial war lange durch eine starke Fragmentierung in verschiedene Kleinst-

parteien gekennzeichnet, die sich programmatisch rechts von der CDU einordnen. 2004 gelang es erstmals der NPD, dieses Potenzial zu bündeln und als Fraktion in den Sächsischen Landtag einzuziehen.<sup>1</sup> Mit der AfD konnte sich schließlich seit 2014 dauerhaft eine Partei rechts der CDU in Sachsen als bedeutende politische Kraft etablieren. Bei den Landtagswahlen 2019 gelang es der Partei, 27,5 Prozent aller Zweitstimmen auf sich zu vereinen und ihr Ergebnis aus dem Jahr 2014 (9,7 Prozent) fast zu verdreifachen. Um eine Regierungsmehrheit gegen die AfD zu bilden, musste die sächsische CDU im Herbst 2019 eine Koalition mit der SPD und den Grünen eingehen.

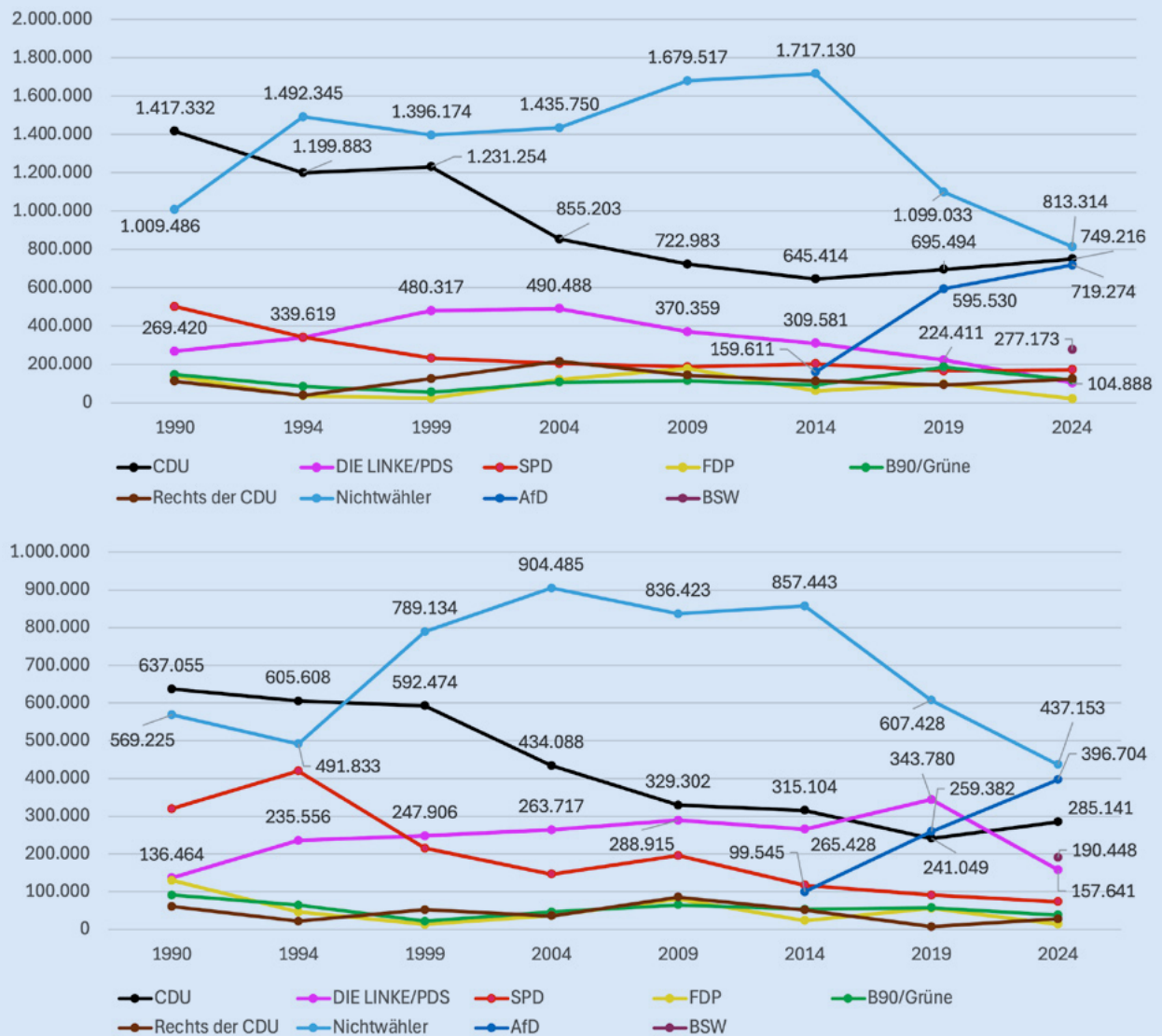
In **Thüringen** ist diese Entwicklung ähnlich verlaufen, wenn auch mit einer anderen Ausgangslage. Hier konnte sich die CDU nach 1990 nicht in gleichem Maße als ‚Staatspartei‘ etablieren, wie es ihr in Sachsen gelang. Die fallenden Wähleranteile für die beiden ehemals großen Volksparteien CDU und SPD konnten in Thüringen zunächst zu einem gewissen Teil von der Linkspartei aufgefangen werden, ohne jedoch den Trend eines stetig steigenden Nichtwähleranteils zu stoppen. Auch in Thüringen kehrte sich dieser Trend erst 2014 um, als es der AfD erstmalig gelang, das zersplitterte Wählermilieu am rechten Rand zu bündeln und im Landtag sichtbar zu machen. 2019 erzielte die Partei schließlich einen Zweitstimmenanteil von 23,4 Prozent und konnte damit ihr Ergebnis aus 2014 mehr als verdoppeln. Zwar ging 2019 die Linkspartei unter ihrem Spitzenkandidaten Bodo Ramelow mit 31 Prozent als stärkste Kraft aus der Wahl hervor, allerdings ergaben sich aus dem Wahlergebnis keine tragfähigen Mehrheiten zur Bildung einer neuen Regierung. Im Februar 2020 waren schließlich alle Versuche der Linken, Bodo Ramelow erneut als Ministerpräsident einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung im Parlament bestätigen zu lassen, gescheitert. Nach zwei erfolglosen Wahlgängen wurde Thomas Kemmerich (FDP) im dritten Wahlgang mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt, was bundesweit einen Aufschrei der Empörung auslöste. Kemmerich trat bereits wenige Tage später wieder zurück (Bender et al. 2020).

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 erzielte die AfD zuletzt weitere Zugewinne in den beiden Bundesländern. Trotz ihres umstrittenen Spitzenkandidaten Björn Höcke wurde die Partei hier in beiden Ländern klar stärkste Partei mit 31,8 Prozent in Sachsen und 30,7 Prozent in Thüringen. Zudem gelangen dem neugegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) aus dem Stand Ergebnisse von 12,6 Prozent in Sachsen und 15 Prozent in Thüringen.

Die **Wahlkämpfe** für die beiden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am 1. September 2024 waren allerdings

<sup>1</sup> Die NPD erreichte bei der sächsischen Landtagswahl 2004 einen Stimmenanteil von 9,2 Prozent.

Abb. 1: Wahlen zum Sächsischen und zum Thüringer Landtag: Absolute Zweitstimmen der Parteien 1990-2024



Anmerkung: „Rechts der CDU“ beschreibt die Summe der Stimmen für rechte Klein- und Splitterparteien wie NPD, DVU, Die Republikaner, u.a.  
 Quelle: Statistische Landesämter von Sachsen und Thüringen / Eigene Darstellung

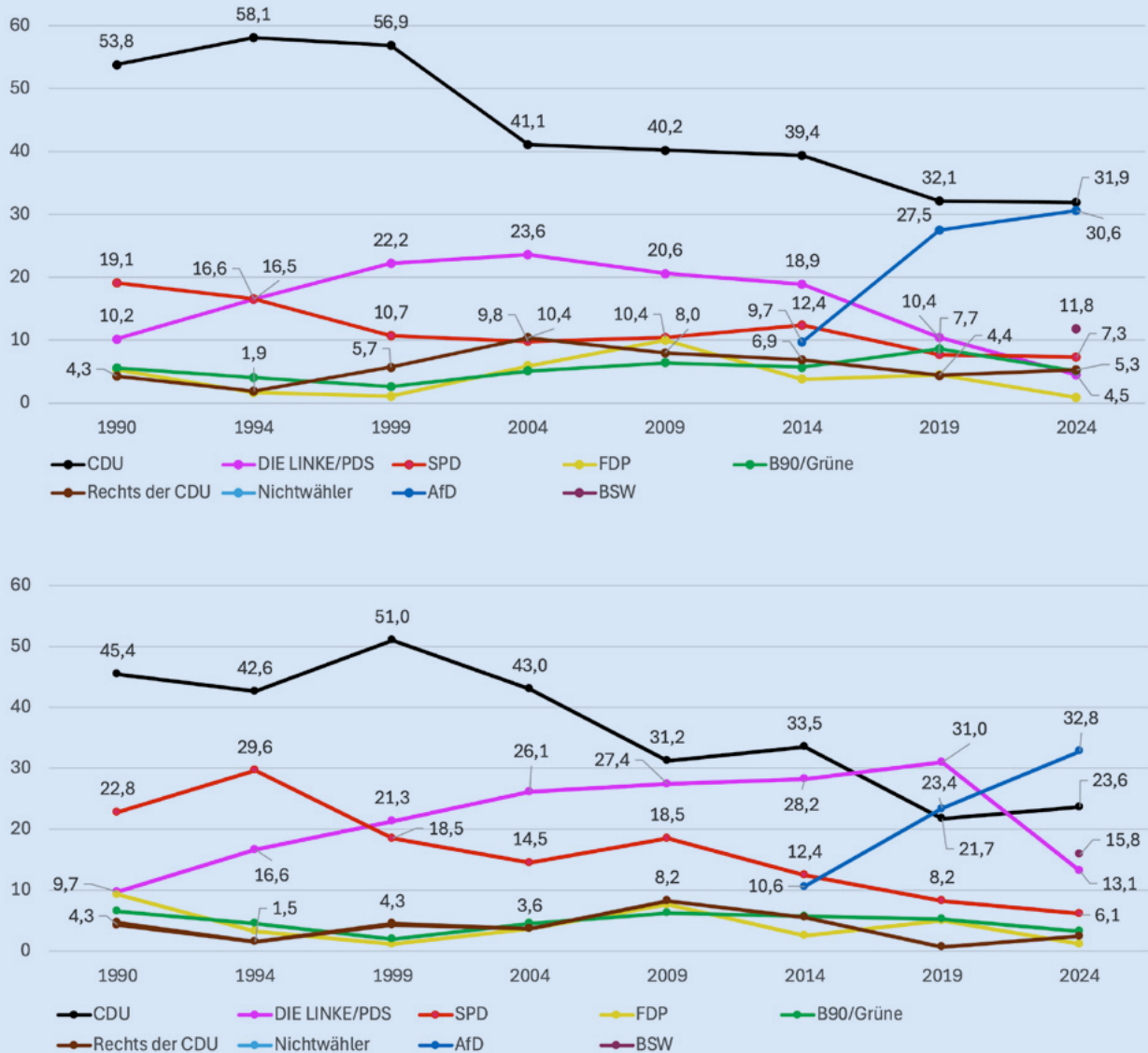
nicht nur vom Ergebnis der Europawahlen, sondern auch durch andere bundespolitische Entwicklungen geprägt.

Die AfD etwa war seit dem Jahresbeginn 2024 durch diverse Skandale immer wieder in die Schlagzeilen geraten. Als Stichworte seien hier nur die sogenannte „Remigrationskonferenz“ in Potsdam (Bensmann et al. 2024), die Bestechungs- und Spionageskandale um den Spitzenkandidaten der AfD zur Europawahl, Maximilian Krahn, und dessen Vize, Petr Bystron, sowie zuletzt die Verharmlosung der SS durch Krahn im Interview mit der La Repubblica genannt (Haupt et al. 2024). Im Mai musste sich die AfD mit einem Wahlergebnis zum Europäischen Parlament zufrieden geben, das mit 15,9 Prozent zwar eine Steigerung der Stimmenanteile im Vergleich zur

Europawahl 2019 brachte, gleichwohl aber weit unter den eigenen Erwartungen lag und daher eher als Dämpfer für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in Thüringen und Sachsen begriffen werden konnte.

Die Wahlkämpfer und Wahlkämpferinnen von SPD, Grünen und FDP – den Parteien der Berliner Regierungskoalition – bekamen hingegen vor allem bundespolitischen Gegenwind zu spüren. Anhaltende Streitigkeiten zwischen den Ampelparteien über den Bundeshaushalt und die Frage der Finanzierung der Ukraine-Hilfen sowie die Entscheidung des Bundeskanzlers zur Stationierung von atomar bestückbaren US-Mittelstreckenraketen in Deutschland setzte sie in beiden ostdeutschen Bundesländern unter erhöhten Rechtfertigungsdruck.

Abb. 2: Wahlen zum Sächsischen und zum Thüringer Landtag: Zweitstimmenanteil der Parteien 1990-2024 (in Prozent, ohne Nichtwähler)



Anmerkung: „Rechts der CDU“ beschreibt die Summe der Stimmen für rechte Klein- und Splitterparteien wie NPD, DVU, Die Republikaner, u.a.  
Quelle: Statistische Landesämter von Sachsen und Thüringen / Eigene Darstellung

Die CDU wiederum war in Thüringen und Sachsen mit sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen konfrontiert: In Sachsen stellte sie mit Michael Kretschmer den Ministerpräsidenten und führte als stärkste und regierungserfahrenste Partei eine Koalition mit der SPD und den Grünen an. Dennoch hatte sich der CDU-Spitzenkandidat und Ministerpräsident, im Wahlkampf durch zahlreiche Wortmeldungen, etwa zum Kohleausstieg, zu Waffenhilfen an die Ukraine sowie zur Migrationspolitik, die Berliner Regierungsparteien stark kritisiert und sich dabei insbesondere gegen die Grünen positioniert (Kollenberg 2024). In Thüringen hingegen befand sich die CDU seit der Landtagswahl 2014 in der Opposition, konnte sich im Wahlkampf also profilieren, ohne auf Koalitionspartner

Rücksicht nehmen zu müssen. Allerdings mussten sich beide CDU-Landesverbände mit den Beschlüssen der eigenen Bundespartei auseinandersetzen. Diese hatte nicht nur eine mögliche Zusammenarbeit mit AfD und der Linken ausgeschlossen, sondern versuchte anfangs auch auf ein Kooperationsverbot mit dem neugegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hinzuwirken. Zumindest letzteres schwächte die Bundespartei nach Interventionen der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer allerdings später mit dem Hinweis auf die Autonomie der Landesverbände deutlich ab (Tagesschau 2024). Damit geriet das BSW als potenzieller Bündnispartner in den Fokus der wahlkämpfenden CDU in Sachsen und Thüringen (Schrörs et al. 2024).



Vor diesem Hintergrund zeichneten sich bereits früh in den Wahlumfragen Veränderungen der politischen Landschaften in Sachsen und Thüringen ab, die auch die Rahmenbedingungen und Strategien der Parteien im **Wahlkampf** prägten. Die Gründung des BSW drohte, die Mehrheitsverhältnisse grundlegend zu verändern, während SPD und Grüne einen bundespolitischen Denkkzettel fürchteten, kämpften Linke und FDP hingegen gegen den politischen Niedergang. Die CDU konzentrierte sich darauf, die Abstimmungen in beiden Bundesländern als Duell mit der AfD um den auch symbolisch wichtigen ersten Platz darzustellen.

In **Sachsen** war die Kampagne der CDU dabei ganz auf Michael Kretschmer zugeschnitten, der auf großflächigen Plakaten überall im Land zu sehen war. Sein Herausforderer, der AfD-Spitzenkandidat Jörg Urban, hingegen trat in deutlich geringerem Maße in Erscheinung. Die Strategie eines auf eine einzelne Person fokussierten Wahlkampfes verfolgte auch das BSW. Auf deren großflächigen Stellwänden präsentierte sich die weder in Sachsen noch in Thüringen zur Wahl stehende Sahra Wagenknecht mit Parolen, die Themen wie Sicherheit oder Bildung mit dem für die Kampagne zentralen Begriff Heimat verknüpfte. Zudem nahm sie an einigen Wahlkampfveranstaltungen unter dem Titel „Sahra kommt“ teil. Die sächsische Spitzenkandidatin des BSW, Sabine Zimmermann, war dagegen kaum präsent.

Unter den sonstigen Parteien ist im sächsischen Wahlkampf insbesondere das Auftreten der rechtsextremen Freien Sachsen hervorzuheben. Obwohl diese den Demoskopen zufolge keinerlei Chance auf einen Einzug in den sächsischen Landtag hatten, führten sie eine aggressive Zweitstimmenkampagne, die etwa dafür warb, die Zweitstimme nicht an die AfD zu verschenken, weil sie ohnehin schon mit der Erststimme erfolgreich sei. Allerdings kamen im Juli Mutmaßungen auf, dass es zwischen AfD und Freien Sachsen Absprachen über Kandidatenaufstellungen in einigen Wahlkreisen gegeben habe. So hätten die Freien Sachsen in einigen Wahlkreisen auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet, um so den entsprechenden Wahlkreisbewerbern und -bewerberinnen der AfD bessere Chancen bei den Erststimmen einzuräumen (Feuerbach 2024).

Für die Parteien in **Thüringen** gestaltete sich die politische Lage ähnlich kompliziert. Die in einer Minderheitsregierung unter der Führung von Bodo Ramelow

zusammenarbeitenden Koalitionäre aus Linke, SPD und Grünen konnten aus den Umfragen wenig Aussicht auf Wiederwahl ableiten. Die Linke setzte im Wahlkampf deshalb vor allem auf den Amtsbonus des Spitzenkandidaten Bodo Ramelow, der auf Plakaten und bei Veranstaltungen in seiner Rolle als Landesvater überzeugen und dabei den Parteinamen eher im Kleingedruckten verbergen sollte. Grüne und FDP drohten gar den Wiedereinzug in den Landtag zu verpassen, was mit teilweise unkonventionellen Wahlkampfstrategien und Social Media Beiträgen verhindert werden sollte. Das BSW konnte als Spitzenkandidatin die ehemalige Eisenacher Oberbürgermeisterin und Politikerin der Linken, Katja Wolf, gewinnen, die im Gegensatz zu Sabine Zimmermann in Sachsen im Wahlkampf deutlich stärkere Präsenz zeigte, wenngleich auch hier Sahra Wagenknecht wesentliche inhaltliche Akzente setzte.

CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt hingegen formulierte bereits früh seinen Anspruch auf das Ministerpräsidentenamt und versuchte die Landtagswahl als Zweikampf zwischen sich selbst und dem Spitzenkandidaten der AfD, Björn Höcke, darzustellen. Bereits im April 2024 fand – ohne den amtierenden Ministerpräsidenten Bodo Ramelow – ein TV-Duell zwischen den beiden Kandidaten statt. Zur Überraschung vieler Beobachter entwickelte sich die Diskussion zwischen Höcke und Voigt eher zum Nachteil des AfD-Politikers, der stellenweise unsicher und schlecht vorbereitet wirkte und im Nachhinein über die angeblich unfairen Bedingungen des TV-Duells klagte (Wehner 2024b). Voigt hingegen inszenierte sich im Wahlkampf – gegenüber den „Zugezogenen“ Höcke und Ramelow – als „echter“ Thüringer und zukünftiger Landesvater, der ein authentischeres Verständnis für die Probleme der Menschen habe.

Die AfD dagegen versuchte sich im Wahlkampf als eine ‚Partei des Volkes‘ zu präsentieren – etwa mit sogenannten Familienfesten, bei denen soziale Verbundenheit demonstriert und etwaige Hemmschwellen gegenüber der Partei abgebaut werden sollten. Diese Feste waren über das ganze Bundesland verteilt, fanden in den Groß-, wie auch Mittelstädten statt und setzten jeweils auf den Spitzenkandidaten Björn Höcke. Dieser vermied weitestgehend den Kontakt mit den ‚traditionellen Medien‘. Zur Verbreitung ihrer Inhalte setzten er und seine Partei stattdessen auf persönliche Gespräche sowie auf ihre eigenen Kanäle in den Sozialen Medien.



## 2. WAHLERGEBNISSE

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis (Stand 04.09.2024) der beiden Landtagswahlen stieg die **Wahlbeteiligung** in Sachsen auf 74,4 Prozent, eine Steigerung von 7,9 Prozentpunkten im Vergleich zu 2019. 2014 war sie mit 49,1 Prozent noch auf einen historischen Tiefstand gefallen. In Thüringen stieg sie 2024 ebenfalls an und erreichte 73,6 Prozent. Dies entspricht einer Steigerung um 8,7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019.

Wie schon 2019, ist in beiden Bundesländern erneut die **AfD** als ein klarer Wahlgewinner zu bezeichnen. In Sachsen erreichte die Partei 34 Prozent aller Erst- sowie 30,6 Prozent aller Zweitstimmen und konnte damit ihr Ergebnis von 2019 nochmals um 3,1 Prozentpunkte verbessern. Die rechtsextreme Splitterpartei Freie Sachsen erzielte ebenfalls 2,2 Prozent. In Thüringen entfielen 34,3 Prozent der Erst- und 32,8 Prozent der Zweitstimmen auf die AfD. Dies entspricht einem Zugewinn von 9,4 Prozentpunkten. Trotz seines fragwürdigen Rufes als zentrale Figur des völkisch-nationalistischen rechten Flügels der AfD wird Björn Höcke damit die stärkste Fraktion im neuen thüringischen Landtag anführen und reklamierte noch in der Wahlnacht den Anspruch seiner Partei, die Verhältnisse in Thüringen mitzugestalten (Feuerbach et al. 2024).<sup>2</sup>

Als Gewinner der beiden Landtagswahlen kann zudem die **CDU** gelten. Unter Ministerpräsident Michael Kretschmer hat sie es in Sachsen auch 2024 geschafft, mit 34,4 Prozent aller Erst- und 31,9 Prozent aller Zweitstimmen stärkste Partei zu werden und dürfte damit auch weiterhin den sächsischen Ministerpräsidenten stellen. In Thüringen hingegen konnte die CDU leicht zulegen und erreichte 33,5 Prozent aller Erst- und 23,6 Prozent aller Zweitstimmen. Da alle anderen Parteien eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen haben, könnte CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt damit ebenfalls eine mögliche Regierungskoalition anführen.

Besonders bemerkenswert ist das starke Abschneiden des erst Anfang 2024 gegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht (**BSW**), das in Sachsen 11,8 Prozent und in Thüringen 15,8 Prozent der Zweitstimmen erreichte. In beiden Bundesländern dürfte das BSW damit eine entscheidende politische Kraft und begehrte Partei bei möglichen Regierungsbildungen sein.

Hohe Verluste hat hingegen insbesondere Sahra Wagenknechts ehemalige politische Heimat, die traditionell in Ostdeutschland starke Partei **Die Linke**, zu verzeichnen. Obwohl sie bis vor wenigen Jahren noch als ‚Stimme Ostdeutschlands‘ in der deutschen Politik galt und in

Sachsen bei Landtagswahlen vor 2019 regelmäßig Stimmenanteile zwischen 15 und 25 Prozent erreichte, scheiterte die Partei 2024 mit 4,5 Prozent an der Sperrklausel. Aufgrund einer Besonderheit des sächsischen Wahlrechts (Grundmandatsklausel) aber ist die Linke dennoch mit diesem Ergebnis im neuen Sächsischen Landtag vertreten, da sie zwei Direktmandate in Leipzig gewinnen konnte. In Thüringen hingegen musste die seit 2014 regierende Linke unter Ministerpräsident Bodo Ramelow einen Verlust von mehr als der Hälfte ihrer bisherigen Wählerstimmen hinnehmen. Statt 31 Prozent wie im Jahr 2019 erreichte die Partei 2024 nur noch einen Zweitstimmenanteil von 13,1 Prozent.

Auch die **SPD** hat in der Wählergunst verloren. Die Partei von Bundeskanzler Olaf Scholz musste in beiden Bundesländern Verluste hinnehmen, konnte aber zumindest in Sachsen mit einem Stimmenanteil von 7,3 Prozent ihr Ergebnis von 2019 in etwa halten, während sie in Thüringen mit 6,1 Prozent der Zweitstimmen in den Landtag einziehen konnte. Im Vergleich zu 2019 verlor die SPD Thüringen 2,2 Prozentpunkte.

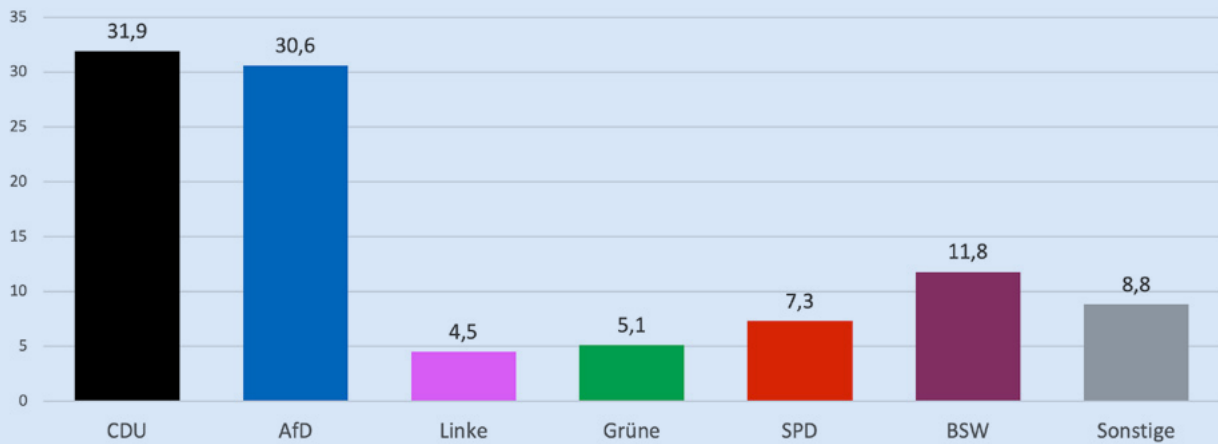
Die beiden Direktmandate, die der Linken in Sachsen schließlich doch noch den Einzug in den Sächsischen Landtag ermöglichte, führten umgekehrt dazu, dass die bisher in Sachsen regierende Koalition aus CDU, SPD und **Grünen** keine parlamentarische Mehrheit mehr erreicht. Damit ist davon auszugehen, dass insbesondere die Grünen nicht mehr Teil der künftigen sächsischen Landesregierung sein werden. Ihr Zweitstimmenergebnis hatte sich im Vergleich zu 2019 ebenfalls deutlich um 3,5 Punkte auf 5,1 Prozent verschlechtert. Der langfristige Trend zeigt für die Partei, die auch in Sachsen zur Europawahl im Juni 2019 noch ein zweistelliges Ergebnis erzielt hatte, damit weiter nach unten. In Thüringen ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Hier sind die Grünen, denen 2019 mit 5,2 Prozent noch knapp den Einzug in den Landtag gelungen war, mit 3,2 Prozent aller Zweitstimmen nicht mehr im Parlament vertreten.

Die **FDP**, welche in Berlin ebenfalls Teil der regierenden Ampel-Koalition ist, erzielte in beiden Bundesländern ein Ergebnis weit unter der Fünfprozenthürde. Die Partei kam in Sachsen auf 0,9 Prozent und in Thüringen auf 1,1 Prozent der Zweitstimmen und spielt politisch keine Rolle mehr.

Mit diesen Ergebnissen geht in beiden Bundesländern auch eine deutliche Veränderung bei den errungenen **Direktmandaten** einher. Erneut hat die CDU in **Sachsen** zahlreiche Wahlkreise an die AfD verloren. Diese Verluste waren vor allem in ländlichen Regionen zu verzeichnen. In der Landeshauptstadt Dresden dagegen gewann die

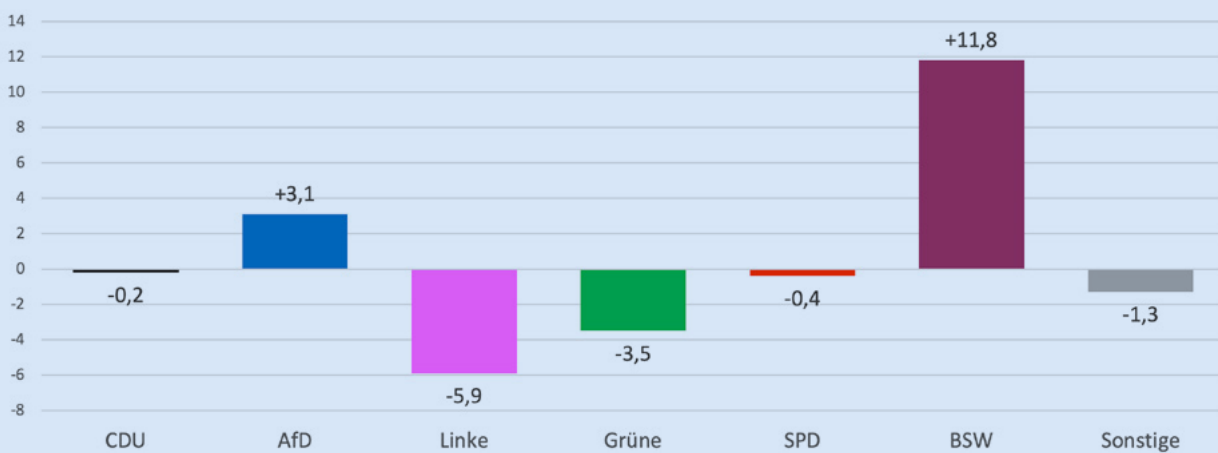
<sup>2</sup> Björn Höcke hat als Direktkandidat im Wahlkreis Greiz II gegen den Mitbewerber der CDU, Christian Tischner, verloren. Höcke zieht über die Landesliste, auf der er auf Platz 1 stand, in den Thüringer Landtag ein.

Abb. 3: Sachsen: Landtagswahl vom 01.09.2024: Zweitstimmenanteil in Prozent (vorläufiges amtliches Endergebnis)



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen / Eigene Darstellung

Abb. 4: Sachsen: Landtagswahl vom 01.09.2024: Gewinne und Verluste des Zweitstimmenanteils in Prozentpunkten (vorläufiges amtliches Endergebnis)



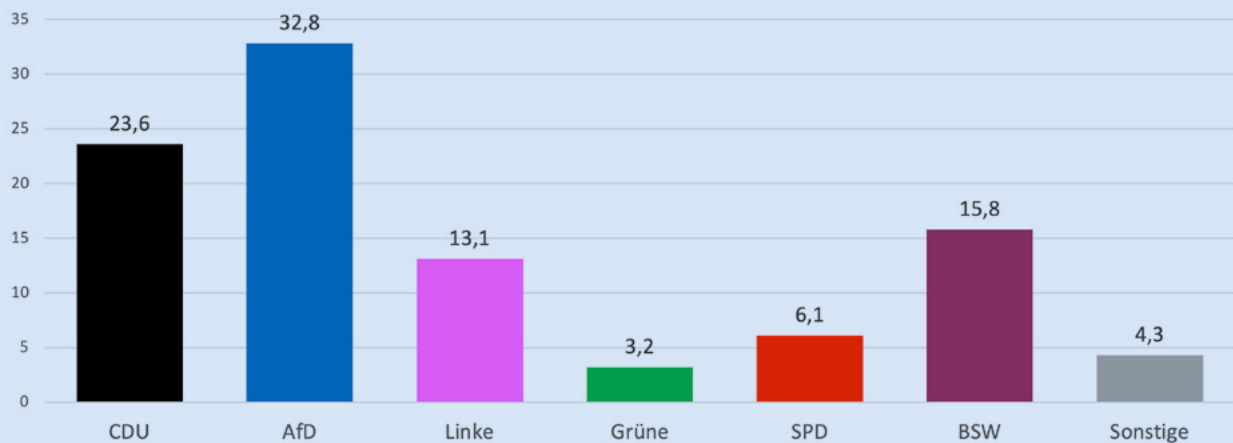
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen / Eigene Darstellung

CDU sieben von acht Direktmandaten. Während die Partei 2014 lediglich ein einziges Direktmandat in Leipzig nicht für sich entscheiden konnte, 2019 hingegen drei an die Grünen, einen an die Linke und insgesamt 15 Wahlkreise an die AfD verloren hatte, musste sie nun weitere 14 Wahlkreise abgeben (Abb. 2). Insgesamt errang die CDU zur Landtagswahl 2024 damit 27 Direktmandate, die AfD 28, Linke und Grüne jeweils zwei. Ein Novum stellt außerdem der Wahlkreis Leipziger Land 3 dar, denn erstmalig ist es hier einem Kandidaten der Freien Wähler gelungen, ein Direktmandat im Sächsischen Landtag zu erobern. Mit 36,6 Prozent der Erststimmen setzte sich

hier der ehemalige Oberbürgermeister von Grimma Matthias Berger gegen die Konkurrenten von CDU und AfD durch.

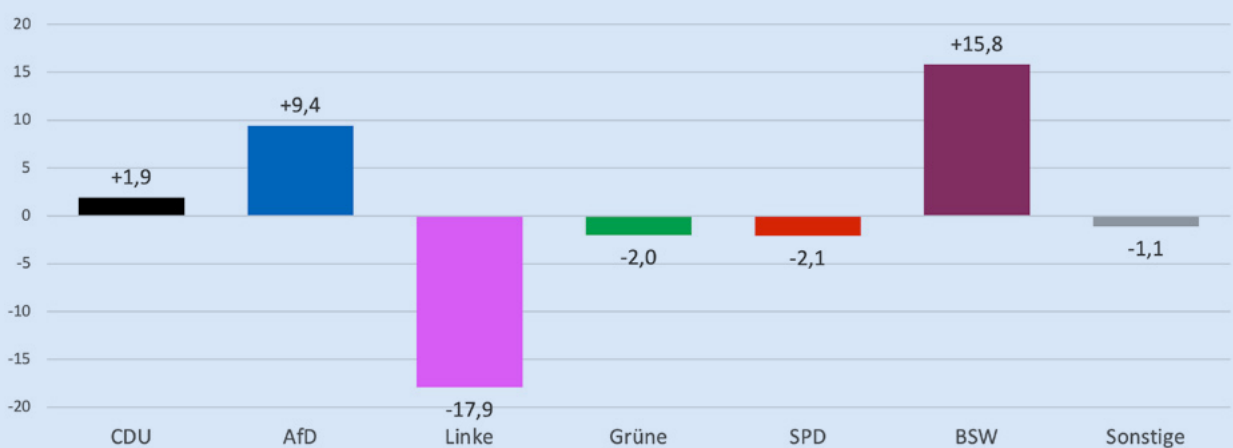
In **Thüringen** dagegen zeigte sich in den vergangenen Wahlperioden ein deutlich gemischteres Bild in den Wahlkreisen. 2019 gingen von den 44 Direktmandaten jeweils elf an die Linke und die AfD sowie ein weiteres an die SPD. Die CDU errang 21 Direktmandate. Dieses Bild bei den Erststimmen verschob sich 2024 maßgeblich zugunsten der AfD. Sie gewann 29 Direktmandate. Diese Zugewinne gingen vor allem zu Lasten der Linken, die

Abb. 5: Thüringen: Landtagswahl vom 01.09.2024: Zweitstimmenanteil in Prozent (vorläufiges amtliches Endergebnis)



Quelle: Statistisches Landesamt Thüringen / Eigene Darstellung

Abb. 6: Thüringen: Landtagswahl vom 01.09.2024: Gewinne und Verluste des Zweitstimmenanteils in Prozentpunkten (vorläufiges amtliches Endergebnis)



Quelle: Statistisches Landesamt Thüringen / Eigene Darstellung

sieben Wahlkreise verlor und nur noch in vier Wahlkreisen direkt gewinnen konnte. Viel stärker jedoch waren die Einbußen der CDU, die nur noch elf Wahlkreise direkt gewann und damit zehn Wahlkreise verlor.

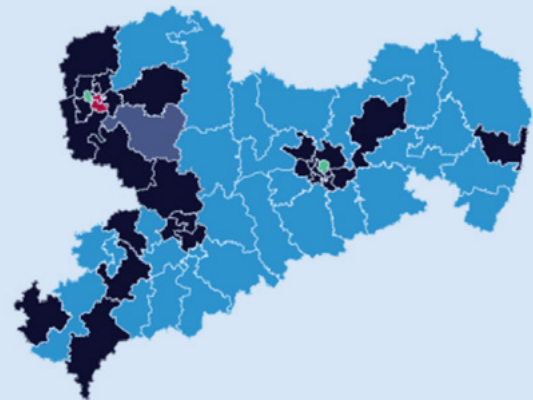
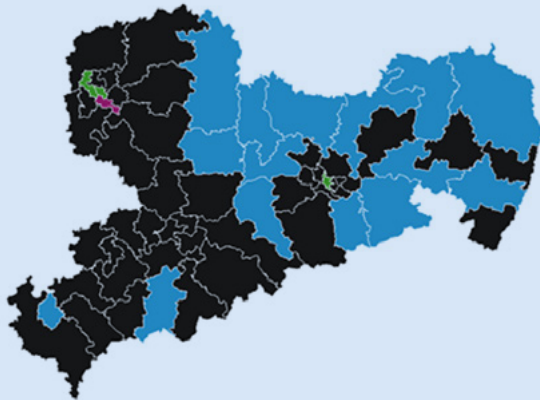
Auf der Grundlage des Wahlergebnisses in Sachsen verfügt die zuvor regierende **Koalition** aus CDU, SPD und Grünen im Landtag über keine eigene Mehrheit mehr. Da die CDU vor der Wahl jede Form der Zusammenarbeit sowohl mit der AfD als auch mit der Partei Die Linke ausgeschlossen hatte, wäre – neben der Option einer Minder-

heitsregierung – derzeit nur eine Koalition zwischen CDU, SPD und dem BSW denkbar. In Thüringen hingegen würde selbst diese Dreierkoalition knapp die nötige Mehrheit der Sitze verfehlen. Ein solches Bündnis wäre somit auf Leihstimmen oder gar Überläufer aus anderen Fraktionen angewiesen. Insbesondere die letztere Variante – etwa durch den Wechsel eines Linken-Abgeordneten zur neuen Linken-Abspaltung BSW – wäre zum jetzigen Zeitpunkt durchaus denkbar. Auch ein Bündnis zwischen CDU, BSW und Linken wäre rechnerisch möglich, gilt jedoch eher als unwahrscheinlich.

Abb. 7: Sachsen: Ergebnis Landtagswahlen vom 01.09.2019 (links) und vom 01.09.2024 (rechts)

2019

2024



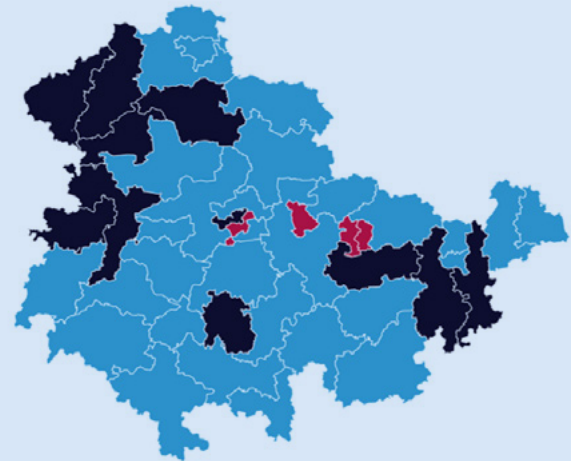
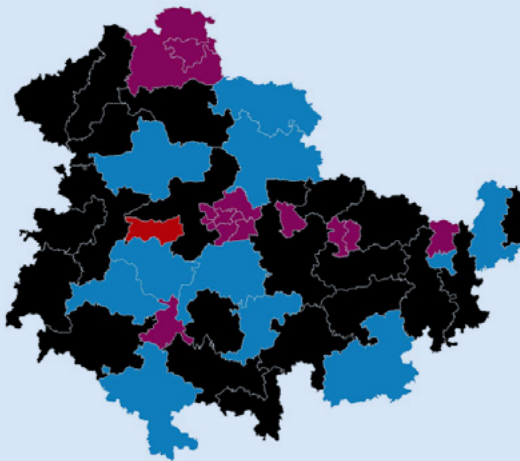
Anmerkung: Gewonnene Wahlkreise / stärkste Partei nach Erststimmen (schwarz = CDU, blau = AfD, grün = B90/Grüne, rot = Die Linke, violett = Freie Wähler)

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen / MDR

Abb. 8: Thüringen: Ergebnis Landtagswahlen vom 01.09.2019 (links) und vom 01.09.2024 (rechts)

2019

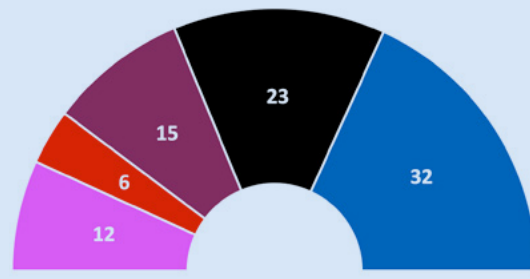
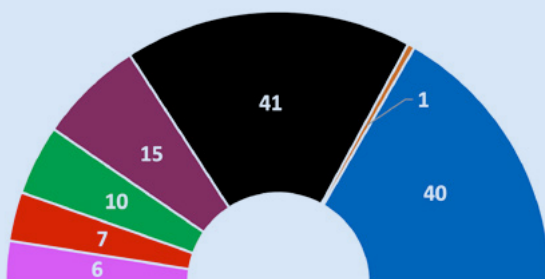
2024



Anmerkung: Gewonnene Wahlkreise / stärkste Partei nach Erststimmen (schwarz = CDU, blau = AfD, grün = B90/Grüne, rot = Die Linke)

Quelle: Statistisches Landesamt Thüringen / MDR

Abb. 9: Sitzverteilung im neuen Sächsischen Landtag (links) und im neuen Thüringer Landtag (rechts) nach den Landtagswahlen



Linke SPD Grüne BSW CDU Freie Wähler AfD

Linke SPD BSW CDU AfD

Anmerkung: Wahl vom 01.09.2024. Mehrheit in Sachsen bei 61 von 120 Mandaten, Mehrheit in Thüringen bei 45 von 88 Mandaten

Quelle: Statistisches Statistische Landesämter von Sachsen bzw. Thüringen / MDR

### 3. ANALYSE

#### Wahlverhalten in Subgruppen

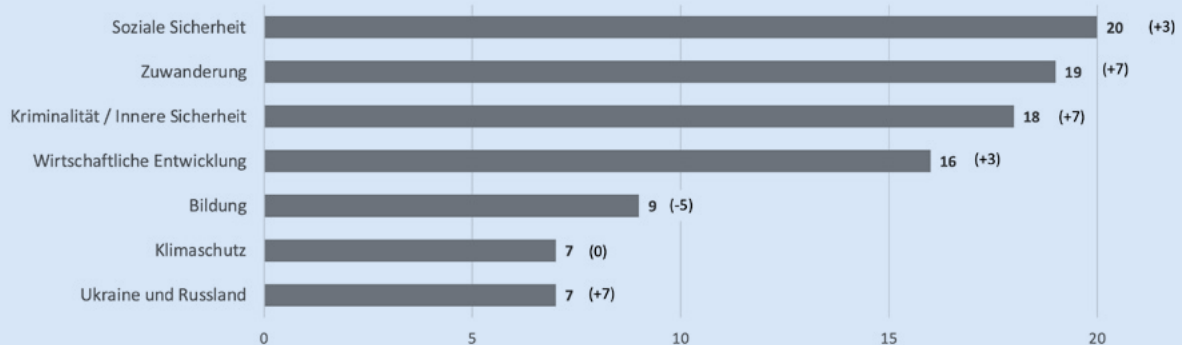
Eine erste Einordnung der Wahlergebnisse kann mit Hilfe von Befragungsdaten vorgenommen werden, die das Meinungsforschungsinstitut infratest dimap am Wahltag in nach repräsentativen Kriterien ausgewählten Wahllokalen erhoben hat. Dabei wird deutlich, dass die CDU in Sachsen – wie bereits 2019 (Herold 2019) – ihren Wahlerfolg in entscheidendem Maße dem **Spitzenkandidaten** Michael Kretschmer zu verdanken hat. So zeigte sich eine Mehrheit von 55 Prozent der Befragten zufrieden mit der politischen Arbeit des amtierenden Ministerpräsidenten. Selbst eine Mehrheit der SPD- und der BSW-Wählenden sowie 24 Prozent der AfD-Wählenden teilte diese Ansicht (infratest dimap 2024a; 2024b). In Thüringen erzielte der amtierende Ministerpräsident Bodo Ramelow mit 51 Prozent ebenfalls mit deutlichem Abstand vor seinen Konkurrenten die besten Zufriedenheitswerte, konnte diese aber nicht in einen entsprechenden Stimmenanteil für seine Partei Die Linke umwandeln.

Als **wahlentscheidende Themen** galten sowohl in Sachsen als auch in Thüringen Kriminalität / innere Sicherheit,

soziale Sicherheit und Zuwanderung. Bei diesen Themen schrieben die Wählenden der AfD eine höhere oder gleich hohe Problemlösungskompetenz zu als etwa im Vergleich zur CDU (Infratest dimap 2024a; 2024b). Wie bereits vor vier Jahren wurde 2024 dem Thema Klimaschutz nur eine geringe Bedeutung zugeschrieben. Russlands Angriffskrieg in der Ukraine und die damit verbundene Frage deutscher Waffenlieferungen spielte für die Wahlentscheidung offensichtlich eine geringere Rolle, als dies in der öffentlichen Diskussion oft angenommen und als Erklärung der Beliebtheit des BSW herangezogen wurde (Abb. 10 und 11).

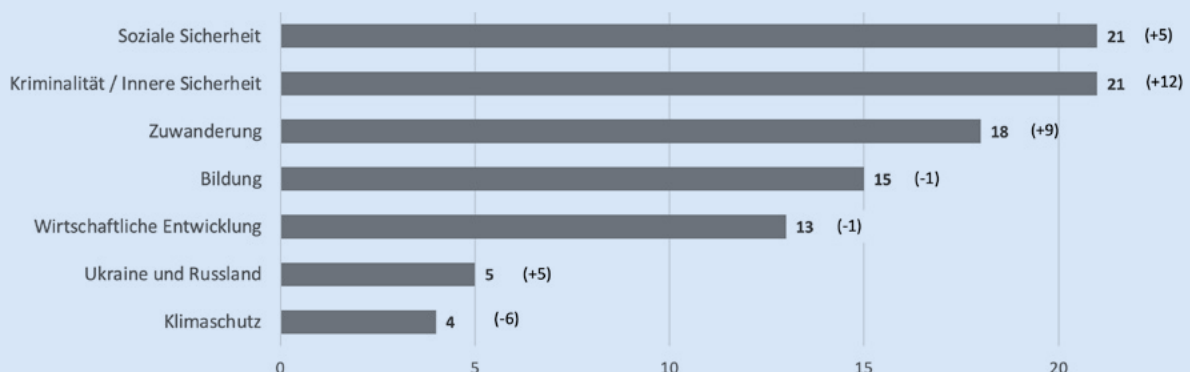
Mit Hilfe der Nachwahlbefragung von infratest dimap ist es außerdem möglich, das Wahlergebnis für einzelne Subgruppen der Bevölkerung in Sachsen und Thüringen nachzuvollziehen (infratest dimap 2024a; 2024b). Dabei lassen sich mehrere Entwicklungen beschreiben (Abb. 12 bis 15). Zum einen zeigt sich, dass die CDU besonders häufig von älteren Jahrgängen, die AfD hingegen eher von den mittleren und jüngeren **Alterskohorten** gewählt wurde. Die starken Verluste der Linken wiederum werden

Abb. 10: Sachsen: Wahlentscheidende Themen aus Sicht der sächsischen Bevölkerung (Angaben in Prozent)



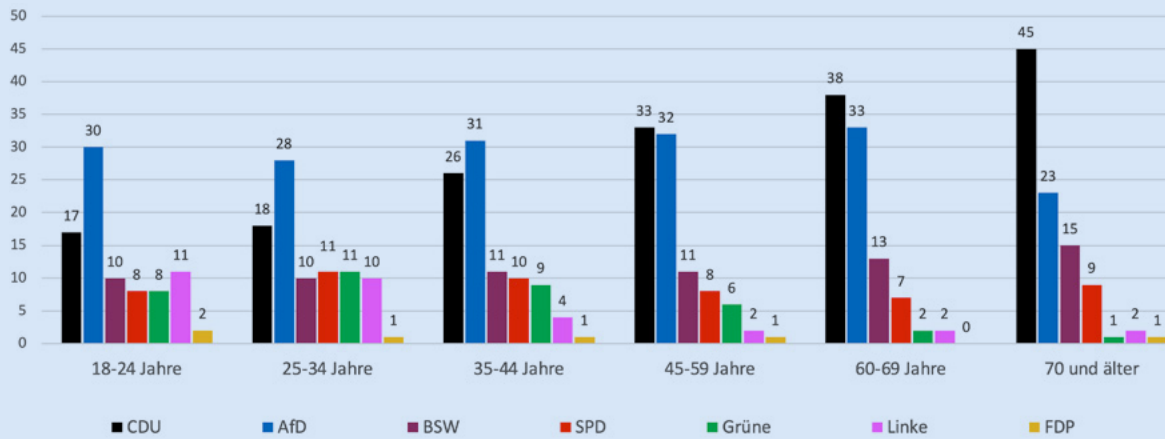
Quelle: Vorwahlbefragung (Infratest dimap) / Eigene Darstellung

Abb. 11: Thüringen: Wahlentscheidende Themen aus Sicht der thüringischen Bevölkerung (Angaben in Prozent)



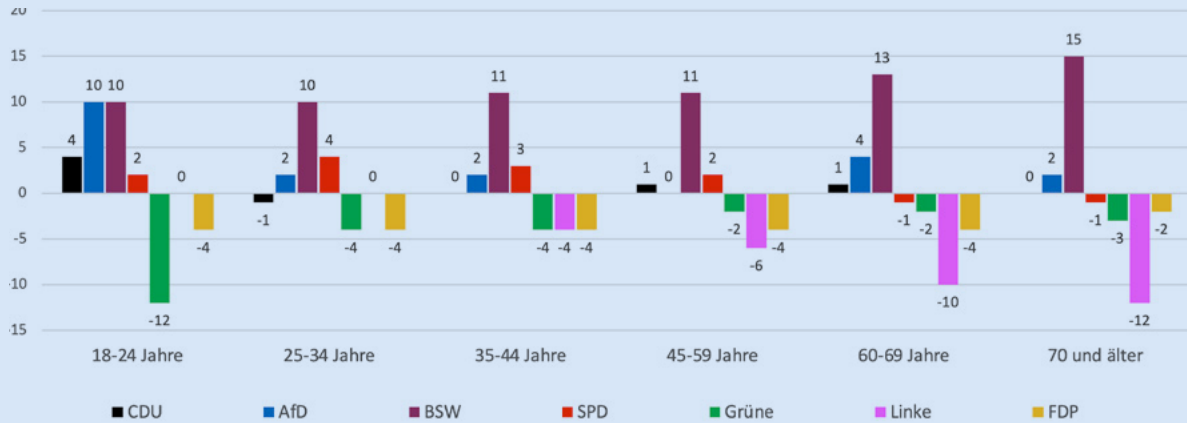
Quelle: Vorwahlbefragung (Infratest dimap) / Eigene Darstellung

Abb. 12: Sachsen: Zweitstimmenanteile zur Landtagswahl 2024 nach Altersgruppen (Angaben in Prozent)



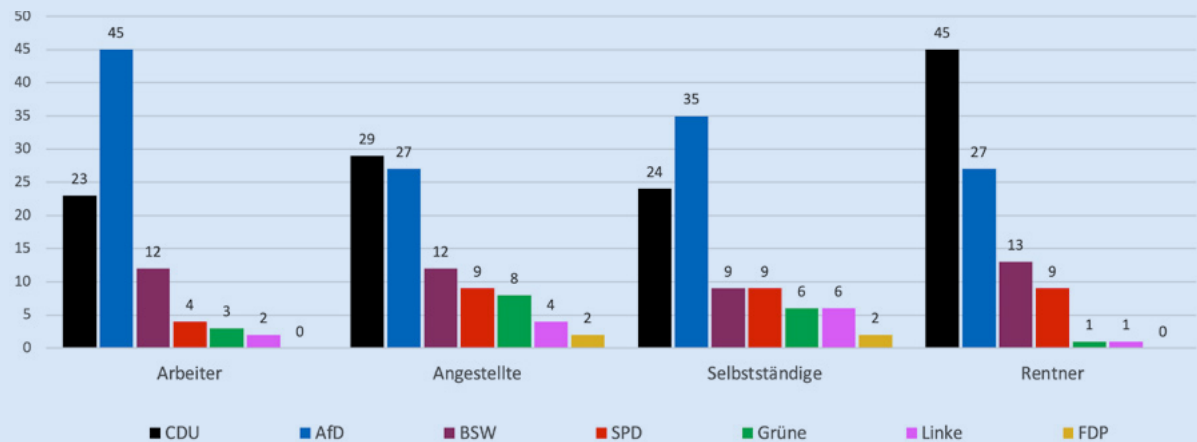
Quelle: Exit poll (Infratest dimap) / Eigene Darstellung

Abb. 13: Sachsen: Zweitstimmenanteile nach Altersgruppen: Gewinne und Verluste im Vergleich zu 2019 in Prozentpunkten



Quelle: Exit poll (Infratest dimap) / Eigene Darstellung

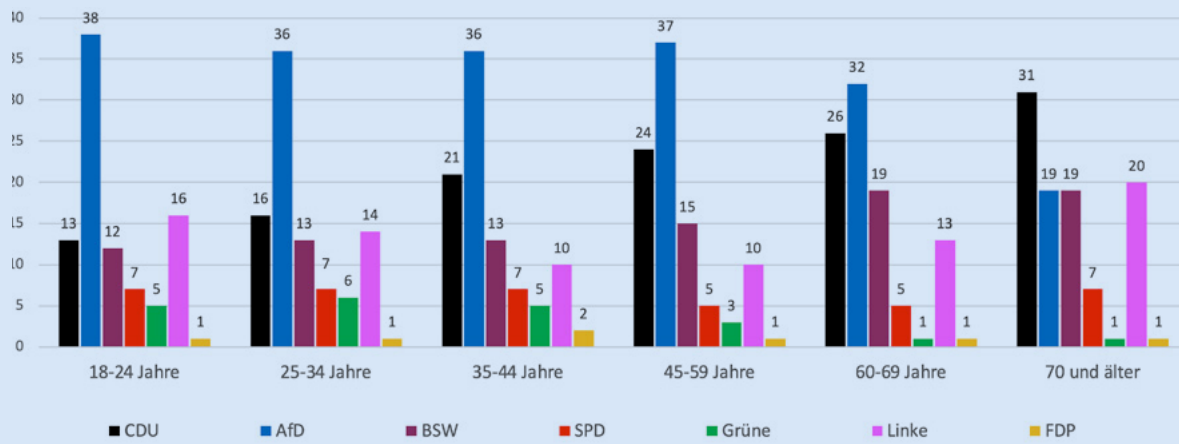
Abb. 16: Sachsen: Zweitstimmenanteile zur Landtagswahl 2024 nach Tätigkeitsgruppen (Angaben in Prozent)



Quelle: Exit poll (Infratest dimap) / Eigene Darstellung

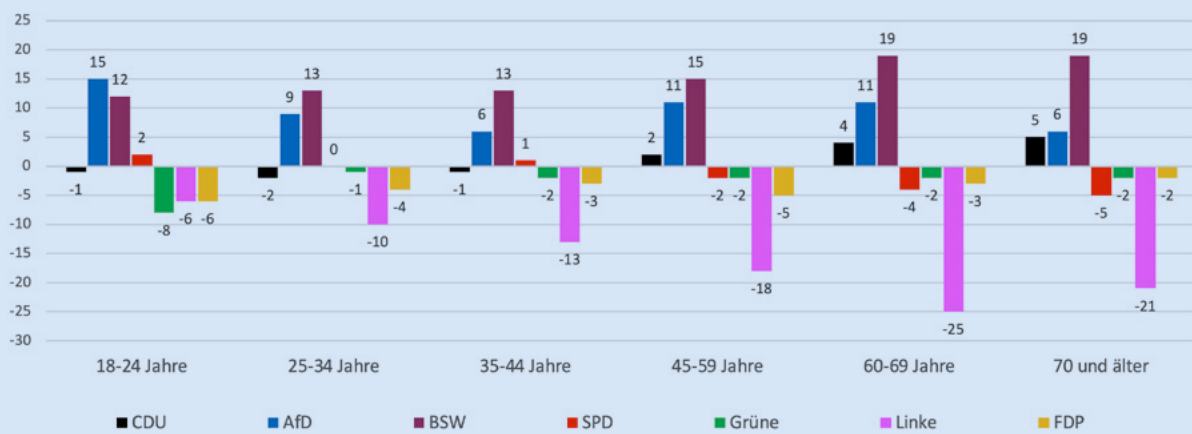


Abb. 14: Thüringen: Zweitstimmenanteile zur Landtagswahl 2024 nach Altersgruppen (Angaben in Prozent)



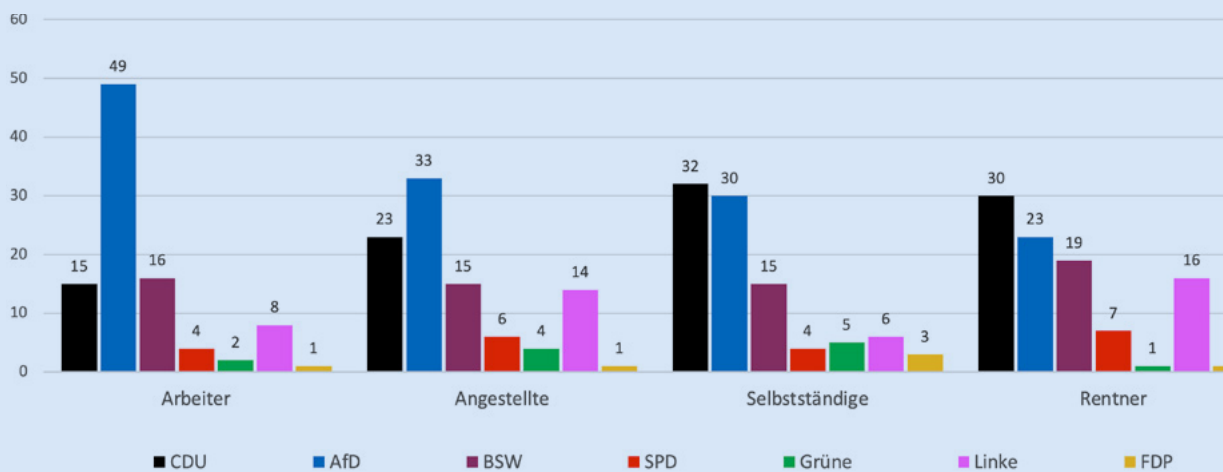
Quelle: Exit poll (Infratest dimap) / Eigene Darstellung

Abb. 15: Thüringen: Zweitstimmenanteile nach Altersgruppen: Gewinne und Verluste im Vergleich zu 2019 in Prozentpunkten



Quelle: Exit poll (Infratest dimap) / Eigene Darstellung

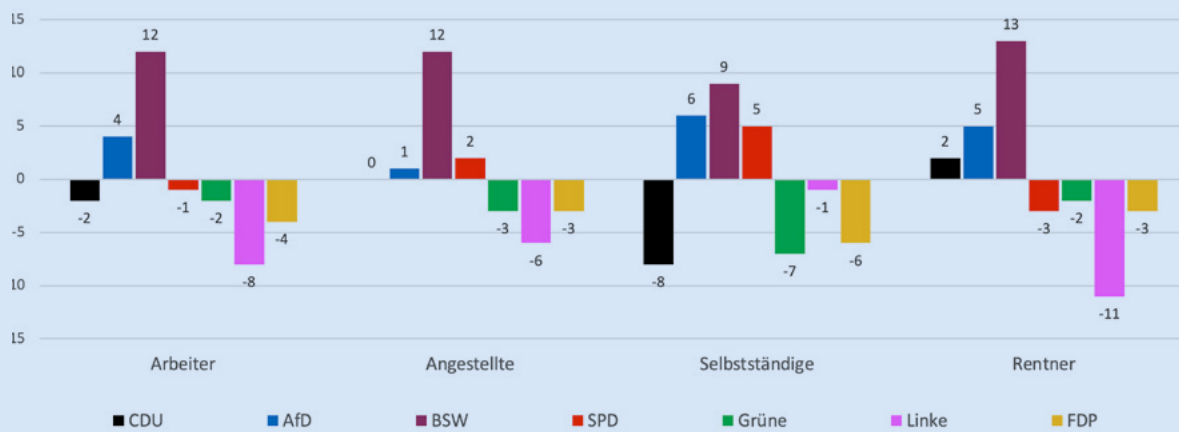
Abb. 18: Thüringen: Zweitstimmenanteile zur Landtagswahl 2024 nach Tätigkeitsgruppen (Angaben in Prozent)



Quelle: Infratest dimap / Eigene Darstellung

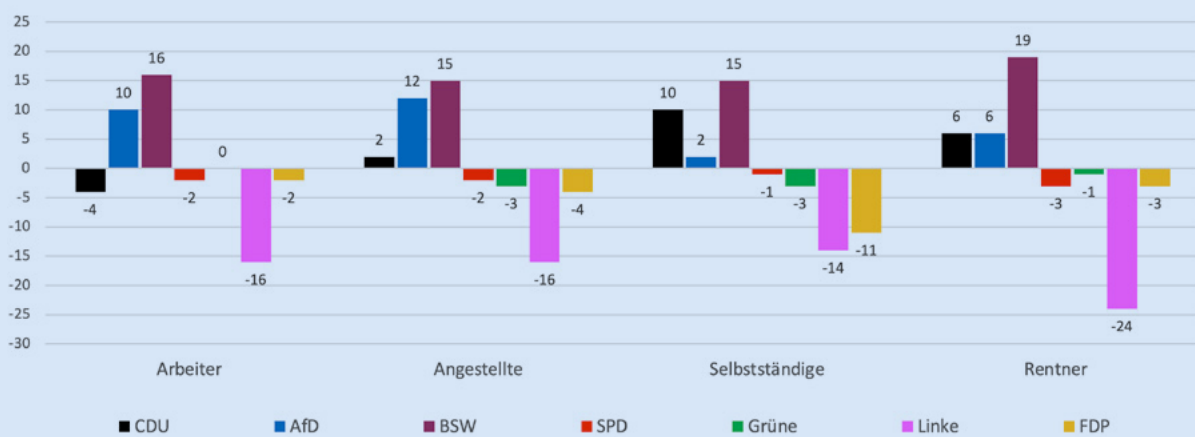


Abb. 17: Sachsen: Zweitstimmenanteile nach Tätigkeitsgruppen: Gewinne und Verluste im Vergleich zu 2019 in Prozentpunkten



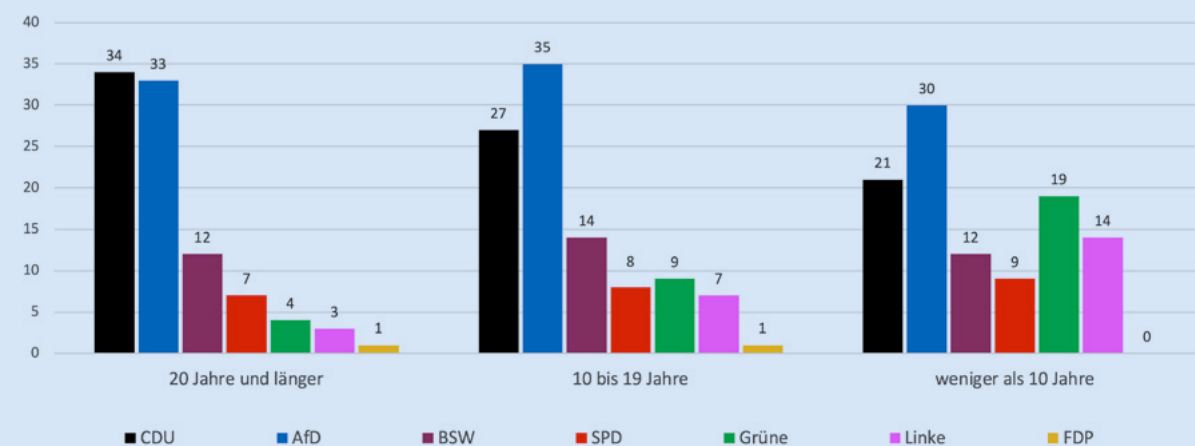
Quelle: Exit poll (Infratest dimap) / Eigene Darstellung

Abb. 19: Thüringen: Zweitstimmenanteile nach Tätigkeitsgruppen: Gewinne und Verluste im Vergleich zu 2019 in Prozentpunkten



Quelle: Exit poll (Infratest dimap) / Eigene Darstellung

Abb. 20: Sachsen: Zweitstimmenanteile der Parteien nach Wohndauer in Sachsen (Angaben in Prozent)



Quelle: Exit poll (Infratest dimap) / Eigene Darstellung

ebenfalls vor allem in den älteren Jahrgängen abgebildet. In diesen Wählergruppen hat offensichtlich ein besonders großer Teil ihrer ehemaligen Wählerschaft der Partei den Rücken gekehrt und ist (teilweise) zum BSW gewechselt.

Bemerkenswert sind darüber hinaus die hohen Verluste der Grünen unter den jungen Wählerinnen und Wählern. Konnte die Partei in Sachsen 2019 noch 20 Prozent der Zweitstimmen aller 18- bis 24-Jährigen auf sich vereinen und sich gemeinsam mit der AfD als stärkste politische Kraft in dieser Altersgruppe etablieren, hat sie 2024 mehr als die Hälfte ihrer Stimmenanteile eingebüßt. Stärkste Kraft unter den jungen Wählern ist 2024 eindeutig die AfD. Hier konnte die Partei im Vergleich zu 2019 die meisten Stimmenanteile hinzugewinnen, wodurch der Abstand zur zweitplatzierten CDU in dieser Altersgruppe besonders groß ausfällt.

Der Blick auf unterschiedliche **Tätigkeitsformen** zeigt außerdem, dass die AfD sich in Sachsen und Thüringen mittlerweile als „Arbeiterpartei“ etabliert hat. Mit 45 Prozent in Sachsen und 49 Prozent in Thüringen fällt ihr Stimmenanteil unter den Arbeiterinnen und Arbeitern besonders hoch aus. Die CDU hingegen ist in beiden Bundesländern vor allem in der Gruppe der Rentnerinnen und Rentner stark, während sie unter Selbstständigen im Vergleich zu 2019 die meisten Prozentpunkte verloren hat (Abb. 16 bis 19).

Auch 2024 gehörte im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen eine intensive, wenngleich oft nur oberflächlich betriebene und stark mit Klischees

und Pauschalisierungen behaftete Aufarbeitung der innerdeutschen **Spannungslinien zwischen Ost und West** zu den zentralen Inhalten der medialen Berichterstattung. Erneut stimmten bei den Nachwählerhebungen hohe Anteile – dieses Mal waren es 74 Prozent in Sachsen und 75 Prozent in Thüringen – der Befragten der Aussage zu, dass Ostdeutsche „an vielen Stellen immer noch Bürger zweiter Klasse“ seien (infratest dimap 2024a; 2024b). Als wichtigste Vertreterin spezifisch ostdeutscher Inter-essen wird in beiden Bundesländern inzwischen die AfD angesehen. 25 Prozent der Befragten Sachsen und Thüringer verwiesen auf die Partei. Während speziell in Thüringen vor vier Jahren noch 40 Prozent die Linke als wichtigste ostdeutsche Interessenvertretung bewerteten, sind es 2024 nur noch 19 Prozent.

Darüber hinaus zeigt sich jedoch auch in den Stimmenanteilen der Parteien in Sachsen und Thüringen eine bestehende Diskrepanz zwischen seit längerem ansässiger Bevölkerungsmehrheit und den in jüngerer Vergangenheit – oft aus Westdeutschland, zum Teil aber auch aus anderen Regionen Deutschlands oder dem Ausland – zugezogenen Bevölkerungsgruppen. Wie Abb. 20 verdeutlicht, unterscheiden sich diese Gruppen in ihrem Wahlverhalten zum Teil deutlich. Dies betrifft insbesondere die Grünen. Gerade einmal 4 Prozent der ‚alteingesessenen‘ Sächsinen und Sachsen, aber rund 19 Prozent der ‚Zugezogenen‘ gaben an, für diese Partei zu stimmen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Linken, während CDU und AfD offenbar in deutlich höherem Maße von der Gruppe der bereits länger in Sachsen lebenden Personen gewählt werden (Abb. 20).

## **Strukturelle Determinanten der Wahlentscheidung in Sachsen 2024**

Eine vertiefende Analyse des Wahlergebnisses kann schließlich unter Einbeziehung sozioökonomischer und soziodemografischer **Strukturdaten** vorgenommen werden. Ziel ist es, herauszufinden, welche unterliegenden Muster in den strukturellen Gegebenheiten sächsischer Gemeinden das Wahlverhalten bei der Landtagswahl 2024 entscheidend geprägt haben. Wie wirken sich demografische Veränderungen, wie Überalterung und der Anteil junger Menschen, auf das Wahlergebnis in sächsischen Gemeinden aus? Inwieweit beeinflusst die geografische Lage einer Gemeinde die politische Ausrichtung ihrer Bevölkerung? Welche Rolle spielen wirtschaftliche Faktoren wie Arbeitslosenquote und Kaufkraft bei der Entscheidung für bestimmte Parteien?

Diese Fragen sind von zentraler Bedeutung, um zu verstehen, wie im Jahr 2024 die sozialen und ökonomischen Realitäten das politische Klima in Sachsen formen – und welche Entwicklungen die Zukunft der politischen Landschaft in der Region bestimmen könnten. Um sie zu beantworten, haben wir für die Gemeindeebene in Sachsen verschiedene strukturelle Kontextfaktoren ermittelt und deren Zusammenhang zu den örtlichen Stimmenanteilen einzelner Parteien untersucht. Die notwendigen Daten wurden durch das Statistische Landesamt Sachsen zur Verfügung gestellt. Viele der gemeindebezogenen Strukturdaten stammen außerdem aus der INKAR-Datenbank des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

In der Analyse wurde das logarithmierte Wahlergebnis der Zweitstimmen als **abhängige Variable** verwendet, um prozentuale Veränderungen der Wahlergebnisse linear darzustellen. Dies erlaubt eine einfachere Interpretation der Veränderungen in den Wahlergebnissen und erleichtert den Vergleich zwischen den Parteien. Im Bereich der **unabhängigen Variablen** beziehen wir insgesamt vier Hauptmerkmale in unsere Analyse mit ein: 1) sozialräumliche Gegebenheiten, 2) sozioökonomische Charakteristika, 3) soziodemografische Merkmale und 4) Aspekte der Daseinsvorsorge.

1) Die **sozialräumlichen Variablen** bieten Einblicke in die räumliche Struktur der Gemeinden. Dafür verwenden wir zum einen die Einwohnerzahl und das Stadt-Land Gefälle innerhalb Sachsens. Diese Einteilung ermöglicht

eine differenzierte Betrachtung der Urbanisierung und ihrer Auswirkungen. Zum anderen betrachten wir die Lage der Gemeinde in Hinblick auf die Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie, wobei zwischen ‚sehr zentralen‘, ‚zentralen‘, ‚peripheren‘ und ‚sehr peripheren‘ Regionen unterschieden wird.<sup>3</sup> Diese Differenzierung berücksichtigt sowohl die Siedlungsstruktur als auch die regionale Einbettung der Gemeinden, wodurch differenzierte Einblicke gewährt werden können, die sowohl den spezifischen Herausforderungen städtischer und ländlicher Gebiete als auch den strukturellen Gegebenheiten zentraler und peripherer Regionen gerecht werden.

2) Unter den **soziodemografischen Variablen** sind insbesondere die Altersstruktur und die Altersentwicklung der Bevölkerung dafür bekannt, die politische Kultur vor Ort und das Ergebnis von Wahlen und Abstimmungen zu beeinflussen (Herold / Otteni2020). Aus diesem Grund beziehen wir zwei soziodemografische Kennzahlen in unsere Analyse mit ein. Einerseits ist dies der in einer Gemeinde lebende Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren. Dieser Indikator ist relevant, da ein hoher Anteil junger Menschen auf eine dynamischere, eine potenziell wachsende Bevölkerung und ein Umfeld mit vielen Familien schließen lässt. Auf der anderen Seite erfassen wir die Veränderung der Bevölkerungsstruktur als Differenz des Durchschnittsalters einer Gemeinde zwischen den Jahren 2001 und 2022. Als Grad der ‚Überalterung‘ gibt diese Variable Aufschluss über die demografische Entwicklung einer Gemeinde, wobei ein höherer Wert auf eine schnellere Alterung der Bevölkerung hinweist.

3) Bei den **sozioökonomischen Faktoren** betrachten wir zunächst die Arbeitslosenquote für das Jahr 2022, welche Aufschluss über die aktuelle wirtschaftliche Lage und die Beschäftigungssituation in den Gemeinden gibt. Um zusätzlich historische Entwicklungen besser zu verstehen, beziehen wir zusätzlich die Arbeitslosenquote von 2001 in unsere Untersuchung mit ein. Dies ermöglicht einen Vergleich, der explizit die regionale Wirtschaftsentwicklung in den 1990er Jahren mit in den Blick nimmt und so auf mögliche Spätfolgen der Transformation schließen lässt.<sup>4</sup> Schließlich haben wir auch die Kaufkraft der Bevölkerung im Jahr 2021 in unser Modell aufgenommen. Damit kann die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das Konsumpotenzial einer Gemeinde abgeschätzt werden.

4) Um schließlich die **Qualität der öffentlichen Daseins-**

<sup>3</sup> Die Unterscheidungen zwischen Zentrum und Peripherie bzw. Stadt und Land finden sich bereits bei Stein und Rokkan (1967). Sie werden in unserer Analyse zunächst als Dummy-Variablen betrachtet. Aufgrund darstellerischer Erwägungen wurden die Variablen jedoch numerisch aufgenommen. Die Ergebnisse blieben in ihrer allgemeinen Aussage und Tendenz gleich.

<sup>4</sup> Die Arbeitslosenquote berechnet sich in beiden Fällen als Quotient aus der Zahl der Arbeitslosen in einer Gemeinde und der Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung (18-65 Jahre).

**vorsorge** einer Kommune zu bewerten, stützen wir uns auf einen etablierten Index nach Diermeier (2020). Dieser Index umfasst mehrere wichtige Bereiche:

- das medizinische Angebot, das durch den Anteil der Haushalte bestimmt wird, die in der Nähe (innerhalb eines Kilometers) einer Apotheke wohnen;
- die Verkehrsinfrastruktur, bewertet anhand der Pkw-Fahrminuten zur nächsten Autobahn und der pro Kopf verfügbaren ÖPNV-Abfahrten;
- die digitale Infrastruktur, gemessen am Anteil der Haushalte mit Breitbandzugang über 100 Mbit/s sowie
- die Bildungsinfrastruktur, die den Anteil der Schüler an der Gesamtbevölkerung und das Verhältnis von Lehrerzahl zu Einwohnerzahl berücksichtigt.

Nach der Bildung der Einzelindizes (standardisiert und gleichgewichtet) wird ein Gesamtindex dieser vier Kategorien erstellt.

Alle in die Analyse einbezogenen unabhängigen Variablen wurden z-standardisiert, um die Effektgrößen vergleichbar darstellen zu können. Für die statistische Auswertung wurden multivariate lineare Regressionsmodelle (OLS) berechnet.

Die Ergebnisse unserer statistischen Analyse werden in den Abbildungen 21 bis 26 dargestellt. Sie lassen zunächst Zusammenhänge zwischen Wahlentscheidung und **sozial-räumlichen Kenngrößen** erkennen. Mit Blick auf die Wahlentscheidung für die AfD erweist sich dabei zunächst der Gemeindetyp hinsichtlich Einwohnerzahl, zentralörtlicher Funktion und siedlungsstruktureller Prägung von Bedeutung. Die Wahlergebnisse der AfD fallen in Sachsen umso stärker aus, je ländlicher und damit dünner besiedelt eine Gemeinde ist und je weiter die Gemeinde von den Bevölkerungszentren des Freistaats entfernt liegt. Alle anderen Parteien hingegen werden in peripheren und zentralen Regionen mit gleicher Wahrscheinlichkeit, SPD, Grüne und Linke allerdings in den dicht besiedelten urbanen Räumen mit höherer Wahrscheinlichkeit gewählt. Bei SPD und Grünen fällt diese Abhängigkeit des Wahlergebnisses von der lokalen Bevölkerungsdichte sogar besonders stark aus. Für CDU und BSW ist kein derartiger Einfluss des Gemeindetyps feststellbar.

**Soziodemografische Faktoren** wie regionale Altersstruktur und Bevölkerungsentwicklung können ebenfalls nicht für alle Parteien in Sachsen die Wahlwahrscheinlichkeit

beeinflussen. Bemerkenswerterweise spielen beide Indikatoren für das AfD-Ergebnis in der jeweiligen Gemeinde keine signifikante Rolle. Ein höherer Anteil unter 18-jähriger ist hingegen tendenziell mit deutlich höheren Stimmenanteilen für die Grünen und deutlich niedrigen Stimmenanteilen für das BSW verbunden, während die Ergebnisse von CDU, Linken und SPD nicht beeinflusst werden. Ist in einer Gemeinde hingegen in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Altersschnitt gestiegen, dann ist dort heute insbesondere die Wahl von Grünen und Linken unwahrscheinlicher, die Wahl der CDU hingegen wahrscheinlicher.

Die Analyse des Einflusses **sozioökonomischer Determinanten** auf das Wahlergebnis macht ebenfalls einige bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Parteien sichtbar. So werden in jenen sächsischen Gemeinden, die in der Gegenwart (bzw. 2022) höhere Arbeitslosenquoten zu verzeichnen haben, tendenziell eher SPD, Grüne und Linke, jedoch weniger häufig die AfD gewählt. Der Zusammenhang mit der örtlichen Arbeitslosenquote aus 2001 gestaltet sich jedoch genau umgekehrt. War diese vor zwei Jahrzehnten besonders ausgeprägt, hatte eine Gemeinde also um die Jahrtausendwende mit ökonomischen Problemen zu kämpfen, so fallen dort heute die Stimmenanteile der AfD tendenziell höher, die von SPD, Grünen und BSW hingegen geringer aus. Dies deutet darauf hin, dass eine der vielfältigen Ursachen heutiger AfD-Wahlerfolge in Ostdeutschland, mit den im Zuge der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformation erlebten wirtschaftlichen Deprivations- und persönlichen Demütigungserfahrungen im Zusammenhang steht.

Die **Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge** ist ebenfalls zu jenen strukturellen Determinanten zu zählen, welche die Ergebnisse der Landtagswahl 2024 in Sachsens Gemeinden beeinflusst haben. Signifikante Effekte zeigen sich hier jedoch lediglich bei den beiden großen Parteien CDU und AfD, wobei sich die Richtung des Zusammenhangs jeweils unterscheidet. Eine niedrigere Qualität ist dabei mit einem höheren AfD-Wahlergebnis assoziiert, eine bessere Anbindung erhöht hingegen den durchschnittlichen Stimmenanteil der CDU. Dort, wo Sachsens Gemeinden also gut mit Medizin-, Verkehrs-, Bildungs- und digitaler Kommunikationsinfrastruktur versorgt sind, stehen die Menschen der langjährigen Regierungspartei CDU offenbar positiver gegenüber. Wo dies nicht der Fall ist, tendieren sie stärker zur AfD. Für alle anderen Parteien ist kein derartiger Zusammenhang messbar.

Abb. 21-26: Sachsen: Zusammenhang zwischen strukturellen Einflussfaktoren und Stimmenanteil der verschiedenen Parteien zur Landtagswahl 2024 auf Gemeindeebene

Abb. 21:

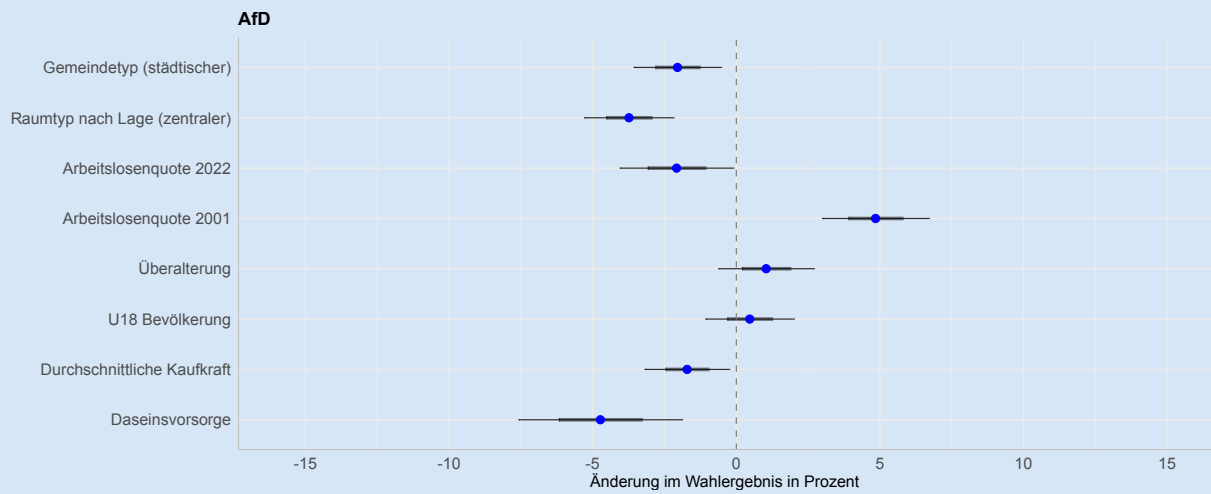


Abb. 22:

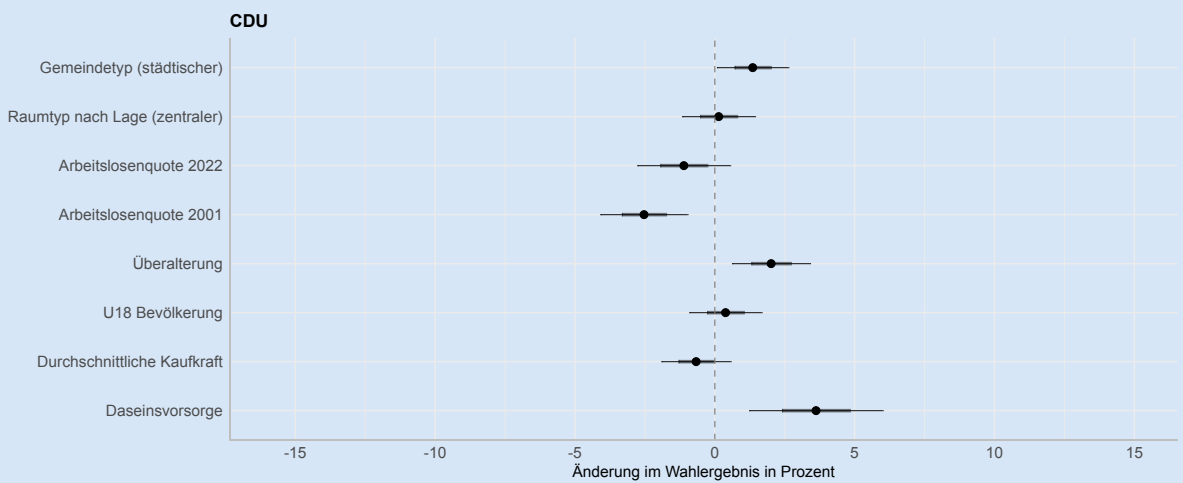
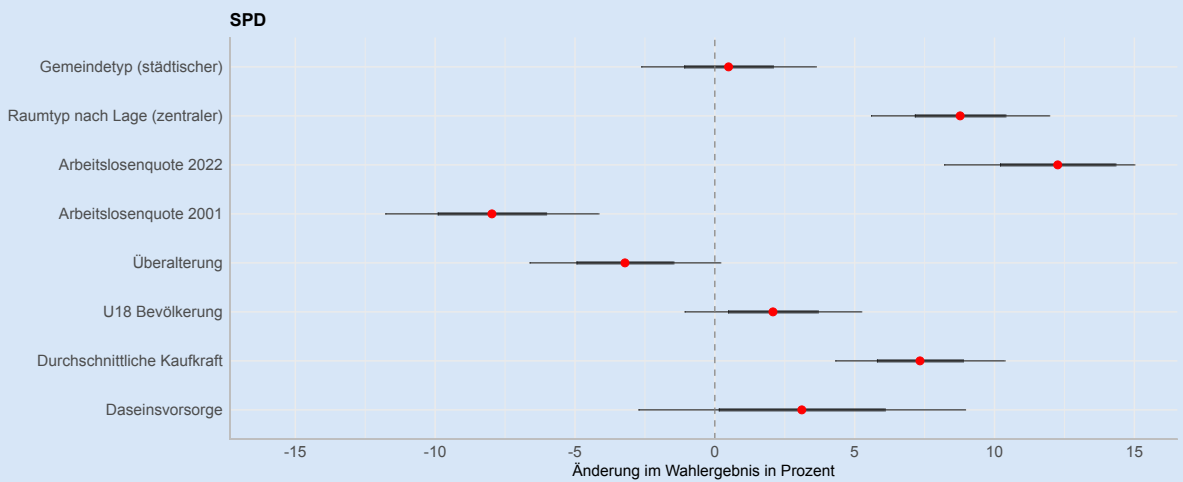


Abb. 23:



Anmerkung: Die Punkte repräsentieren den geschätzten Effekt einer Variablen ( $\beta$ ), die dicken horizontalen Linien die Standardfehler und die dünnen horizontalen Linien die 95%-Konfidenzintervalle. Ein positiver Wert deutet darauf hin, dass die jeweilige Variable das Wahlergebnis der entsprechenden Partei erhöht, während ein negativer Wert auf eine Verringerung desselben hinweist.

Abb. 24:

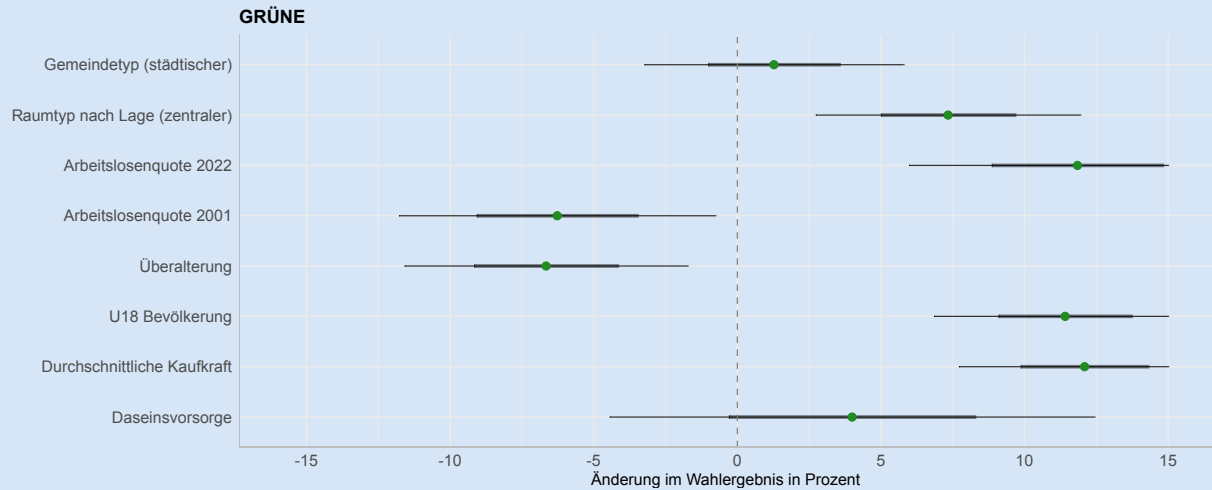


Abb. 25:

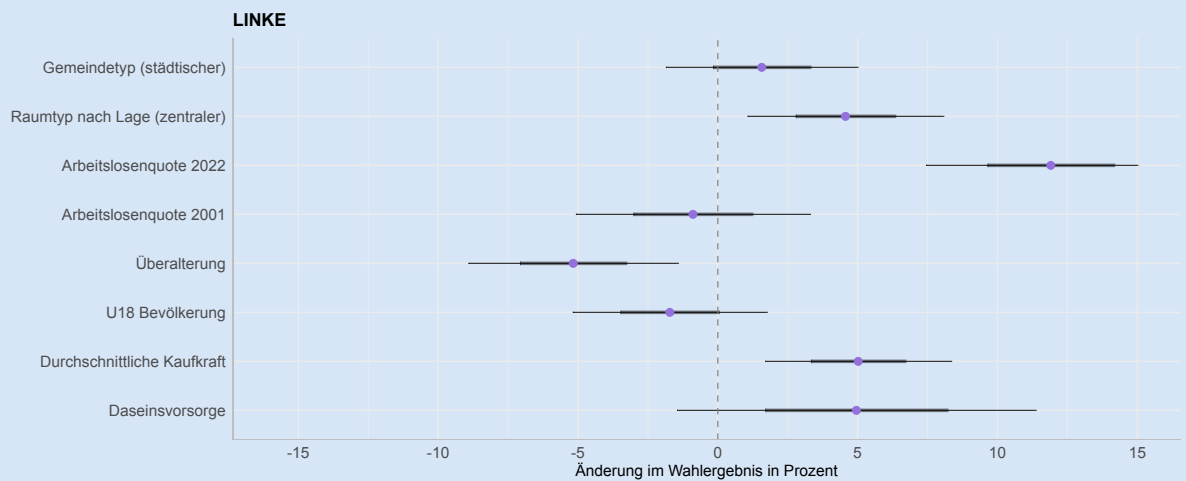
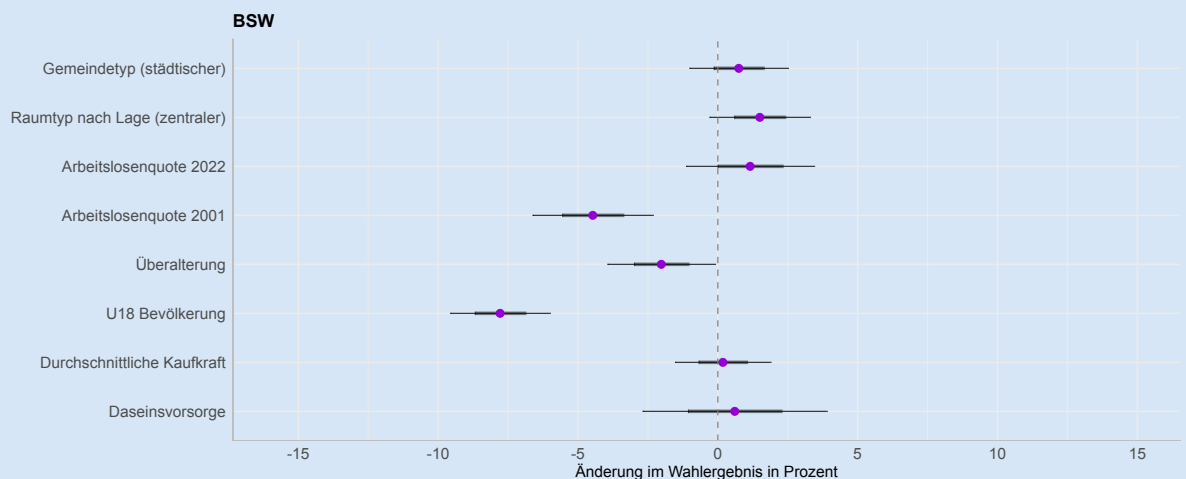


Abb. 26:



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage von Daten des Statistischen Landesamtes Sachsen und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, n = 368 Gemeinden

5 Lesebeispiel: Die Variable „Daseinsvorsorge“ hat einen negativen Einfluss auf das Wahlergebnis der AfD. Dies bedeutet, dass Gemeinden mit einer besseren Daseinsvorsorge tendenziell ein niedrigeres Wahlergebnis für die AfD aufweisen. Der geschätzte Effekt liegt bei etwa -4,7 %, d.h. wenn sich die Variable „Daseinsvorsorge“ um eine Standardabweichung erhöht, ist mit einer Verringerung des örtlichen Wahlergebnisses der AfD um 4,7 Prozent zu rechnen. Da das zugehörige Konfidenzintervall die Nulllinie nicht berührt, kann dieser Zusammenhang zwischen Daseinsvorsorge und AfD-Wahlergebnis als statistisch signifikant gelten. Demgegenüber zeigt sich, dass die Arbeitslosenquote einer Gemeinde aus dem Jahr 2001 einen positiven Einfluss auf das Wahlergebnis der AfD aufweist (etwa 4,9%).

# ANHANG

Tabelle 1: Verwendete Variablen zur Ermittlung struktureller Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung in Sachsen

Variablenname	Beschreibung	Ausprägungen
Wahlergebnis in %	Die Wahlergebnisse der Parteien geben den prozentualen Anteil der abgegebenen Zweitstimmen wieder, den eine Partei im Rahmen der Landtagswahl erhalten hat.	in Prozent
<b>Transformiertes Wahlergebnis</b>	Die log-transformierten Wahlergebnisse der Parteien wurden als abhängige Variable verwendet, um prozentuale Veränderungen direkt abzubilden. Diese Transformation ermöglicht eine lineare Modellierung von Wachstumsraten und Veränderungen in Prozent, wodurch die Interpretation der Ergebnisse vereinfacht wird.	Dimensionslos
<b>Gemeindetyp</b>	Der Stadt- und Gemeindetyp ordnet alle Verbandsgemeinden in Städte und in ländliche Gemeinden nach den Kriterien der Einwohnerzahl, zentralörtlichen Funktion und der phänomenologischen, siedlungsstrukturellen Prägung. Laufende Raumbearbeitung des BBSR (LR BBSR)	1 = Ländliche Gebiete oder dünn besiedelte Gebiete 2 = Kleinere Städte und Vorkörner oder Gebiete mit mittlerer Bevölkerungsdichte 3 = Städte oder dicht besiedelte Gebiete
<b>Raumtyp nach Lage</b>	Zur Berechnung von Strukturmerkmalen wie der „Lage“ wird die „erreichbare Tagesbevölkerung“ auf Gemeindeebene herangezogen. Die „erreichbare Tagesbevölkerung“ bezeichnet die Anzahl von Menschen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums von einer Gemeinde aus mit Verkehrsmitteln erreicht werden können. LR BBSR	1 = sehr peripher 2 = peripher 3 = zentral 4 = sehr zentral
<b>Arbeitslosigkeit 2022 und 2001</b>	Die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt umfasst Personen, die vorübergehend ohne Beschäftigung sind, eine mindestens 15 Stunden pro Woche umfassende Arbeit suchen, arbeitsfähig und bereit sind, und sich bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. LR BBSR; Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)	Min = 6 Max = 43.758
<b>Erwerbsfähige Bevölkerung 2022 und 2001</b>	Die Zahl der Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren bezieht sich auf Personen, die zum Stichtag 31. Dezember des jeweiligen Jahres in dieser Altersgruppe liegen, basierend auf dem Zensus 2011. LR BBSR; Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder	Min = 211 Max = 407.757
<b>Arbeitslosenquote 2022 und 2001</b>	Die Arbeitslosenquote wird berechnet, indem die Anzahl der Arbeitslosen durch die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung dividiert und das Ergebnis mit 100 multipliziert wird. LR BBSR; Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)	Min = 1,020 Max = 21,625
<b>Durchschnittsalter 2022 und 2001</b>	Das Durchschnittsalter beschreibt das arithmetische Mittel des Alters der Einwohner einer Gemeinde LR BBSR; Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder	Min = 35,47 Max = 53,3
<b>Überalterung</b>	Die Überalterung wurde als Differenz des Durchschnittsalters einer Gemeinde 2022 und des Durchschnittsalters einer Gemeinde 2001 errechnet. So kann die Überalterung einer Gemeinde quantifiziert werden. Höhere Werte bedeuten, dass die Gemeinde älter geworden ist.	Min = -1,35 Max = 10,39
<b>Anteil unter 6-Jährigen 2022</b>	Die Kleinkindquote, die den Anteil der Einwohner unter 6 Jahren an der Gesamtbevölkerung angibt, kann als Indikator für den Infrastrukturbedarf für kleinere Kinder und familiengerechtes Wohnen sowie für die Präsenz junger Familien in einer Region dienen. LR BBSR; Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder	Min = 2,93 Max = 8,15
<b>Anteil der 6- bis unter 18-Jährigen 2022</b>	Der Anteil der 6- bis unter 18-Jährigen an der Bevölkerung weist auf den Bedarf an schulischer Infrastruktur sowie auf Ausbildungs- und Berufseinstiegsmöglichkeiten hin. LR BBSR; Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder	Min = 8,13 Max = 17,08
<b>U18 Bevölkerung</b>	Durch die Addition des Anteils der unter 6-Jährigen und der 6 bis unter 18-Jährigen wurden alle minderjährigen zusammengefasst.	Min = 11,81 Max = 25,10
<b>Durchschnittliche Kaufkraft 2001</b>	Die Kaufkraft beschreibt das verfügbare Nettoeinkommen der Haushalte am Wohnort, umfasst verschiedene Einkommensquellen und wird von privaten Anbietern geschätzt, wobei sie keine Aussage darüber trifft, wo das Geld ausgegeben wird. LR BBSR; Nexiga GmbH Marktdaten	Min = 20.343 Max = 28.670
<b>Nahversorgung Apotheken</b>	Die Nahversorgung Apotheken gibt den Anteil der Haushalte an, die in einem Kilometer Umkreis einer Apotheke leben. LR BBSR; Apotheken: infas360 GmbH/POI Bund/GeoBasis-DE; Wohnerraster 100 m: Gitter-HH-EW-Bund	Min = 0 Max = 92,98
<b>Breitbandversorgung über 100Mbit/s</b>	Die Breitbandversorgung gibt den Anteil an Haushalten innerhalb einer Kommune an, mit einer Breitbandversorgung über 100Mbit/s	Min = 0 Max = 100
<b>Schüler an allgemeinbildenden Schulen</b>	Diese Variable gibt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen an. LR BBSR; POI des BKG; Statistische Ämter der Länder und des Bundes	Min = 24 Max = 57.597
<b>Anteil der Schüler an allgemeinbildenden Schulen</b>	Diese Variable wurde als Quotient aus der Anzahl der Schülerinnen und Schüler und der absoluten Einwohnerzahl einer Gemeinde berechnet.	Min = 2,2 Max = 29,6



<b>Erreichbarkeit von Autobahnen</b>	Die Erreichbarkeit von Autobahnen wird in der durchschnittlichen Pkw-Fahrzeit zur nächsten BAB-Anschlussstelle in Minuten gemessen. Die Variable wurde anschließend negativ codiert, so das höhere Werte eine bessere Versorgung darstellen. LR BBSR	Min = -57,44 Max = -7,58
<b>ÖV-Abfahrten</b>	Die Abfahrten des ÖPNV werden als Anzahl der Abfahrten an ÖV-Haltepunkten an einem Werktag bereitgestellt. LR BBSR; HaCon Ingenieurgesellschaft mbH, Fahrplanabfrage; Stand: 2020	Min = 0 Max = 187.030
<b>Anteil ÖV-Abfahrten</b>	Der Anteil wurde als Quotienten aus ÖV-Abfahrten und der absoluten Einwohnerzahl einer Gemeinde berechnet.	Min = 0 Max = 48
<b>Lehrer</b>	Die Variable Lehrer gibt die Anzahl aller in der Gemeinde angestellten Lehrer an. Statistische Landesamt Sachsen	Min = 4 Max = 5.082
<b>Anteil Lehrer an Bevölkerung</b>	Der Anteil wurde als Quotienten aus der Anzahl der Lehrer und der absoluten Einwohnerzahl einer Gemeinde berechnet.	Min = 0,16 Max = 2,78
<b>Zahl der Einwohner 2022</b>	Die Einwohnerzahl zum Stichtag 31. Dezember 2022 auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung seit 2011 umfasst alle Personen, die ihren ständigen Wohnsitz in einer Gemeinde haben, einschließlich der längerfristig ansässigen Ausländer. LR BBSR; Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder	Min = 347 Max = 616.093
<b>Daseinsvorsorge-Index</b>	Nach der Bildung der standardisierten Einzelindizes – Medizin, Verkehr, Digitale Infrastruktur und Bildung – wurde der Gesamtindex Daseinsvorsorge dieser vier Kategorien gleichgewichtet aggregiert.	Min = -1,21 Max = 1,74

Anmerkung: Alle unabhängigen Variablen wurden z-standardisiert, um die Effektgrößen untereinander vergleichbar darstellen zu können. Die fett gedruckten Variablen sind diejenigen, die in die Regressionsanalysen einbezogen wurden.

Abbildung 27: Zusammenhang zwischen strukturellen Einflussfaktoren und dem Stimmenanteil der verschiedenen Parteien zur Landtagswahl 2024 auf Gemeindeebene (lineare Regressionsmodelle)

	CDU	AFD	BSW	SPD	DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Gemeindetyp (städtischer)</b>	<b>0.001</b> (0.007)	-0.037 *** (0.008)	0.015 (0.009)	0.088 *** (0.016)	0.073 ** (0.023)	0.046 * (0.018)
<b>Raumtyp nach Lage (zentraler)</b>	0.014 * (0.006)	-0.020 ** (0.008)	0.007 (0.009)	0.005 (0.016)	0.013 (0.023)	0.016 (0.017)
<b>Arbeitslosenquote 2022</b>	-0.011 (0.008)	-0.021 * (0.010)	0.012 (0.012)	0.123 *** (0.021)	0.118 *** (0.030)	0.119 *** (0.023)
<b>Arbeitslosenquote 2001</b>	-0.025 ** (0.008)	0.049 *** (0.009)	-0.045 *** (0.011)	-0.080 *** (0.019)	-0.063 * (0.028)	-0.009 (0.021)
<b>Überalterung</b>	0.020 ** (0.007)	0.010 (0.008)	-0.020 * (0.010)	-0.032 (0.017)	-0.067 ** (0.025)	-0.052 ** (0.019)
<b>U18 Bevölkerung</b>	0.004 (0.007)	0.005 (0.008)	-0.078 *** (0.009)	0.021 (0.016)	0.114 *** (0.023)	-0.017 (0.018)
<b>Durchschnittliche Kaufkraft</b>	-0.007 (0.006)	-0.017 * (0.007)	0.002 (0.009)	0.073 *** (0.015)	0.121 *** (0.022)	0.050 ** (0.017)
<b>Daseinsvorsorge</b>	0.036 ** (0.012)	-0.047 ** (0.014)	0.006 (0.017)	0.031 (0.030)	0.040 (0.043)	0.050 (0.033)
<b>N</b>	368	368	368	368	368	368
<b>R2</b>	0.097	0.382	0.268	0.395	0.362	0.313

\*\*\* p < 0.001; \*\* p < 0.01; \* p < 0.05.

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage von Daten des Statistischen Landesamts Sachsen und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung

## LITERATURVERZEICHNIS

- Bender, Justus / Gerster, Livia / Haupt, Friederike* 2020: Schachmatt. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 09.02.2020, S. 2-3.
- Bensmann, Marcus / von Daniels, Justus / Dowideit, Anette / Peters, Jean / Keller, Gabriela* 2024: Geheimplan gegen Deutschland. Verfügbar unter: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (letzter Zugriff: 06.08.2024).
- Feuerbach, Leonie* 2024: Für den Sächit, gegen die Demokratie. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.07.2024, S. 3.
- Feuerbach, Leonie / Wehner, Markus* 2024: Höckes AfD ist stark wie nie. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.09.2024, S. 3.
- Haupt, Friederike / Rüb, Matthias / Wiegel, Michaela* 2024: Eine Provokation zu viel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.05.2024, S. 3.
- Hebenstreit, Jörg / Reiser, Marion* 2023: Politische Unterstützung im Dauerstresstest – Einstellungen zur Demokratie in Thüringen seit der Jahrtausendwende. In: Zeitschrift Für Politikwissenschaft, 33(4), S. 737-762. <https://doi.org/10.1007/s41358-023-00361-7>
- Herold, Maik* 2019: Die Landtagswahl in Sachsen: Stimmungen, Ergebnisse und Erkenntnisse. Verfügbar unter: <https://regierungsforschung.de/die-landtagswahl-in-sachsen> (letzter Zugriff: 02.09.2024).
- Herold, Maik / Otteni, Cyrill* 2020: Schrumpfende Regionen – frustrierte Bürger? Abwanderung und AfD-Wahl in Deutschland. In: Vorländer, Hans (Hg.): Emigration in Europa. Jahresbericht 2020. Mercator Forum Migration und Demokratie, Dresden, S. 19-31.
- Infratest dimap* 2024a: Landtagswahl Sachsen 2024. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/index.shtml> (letzter Zugriff: 02.09.2024).
- Infratest dimap* 2024b: Landtagswahl Thüringen 2024. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/index.shtml> (letzter Zugriff: 02.09.2024).
- Kollenberg, Kai* 2024: Spitzenkandidaten-Runde: Liebesgrüße von Kretschmer an die SPD. In: Dresdner Neueste Nachrichten, 20.08.2024, S. 8.
- Lipset, Seymour M., / Rokkan, Stein* 1967: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. Free Press.
- Rees, Yann / Rees, Jonas H. / Zick, Andreas* 2021: Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland: In: Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Dietz, Bonn, S. 112-122.
- Reiser, Marion / Küppers, Anne / Brandy, Volker / Hebenstreit, Jörg / Vogel, Lars* 2023: Politische Kultur im Freistaat Thüringen: Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel: Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022, Jena.
- Reuband, Karl-Heinz* 2022: Ethnozentrische Ressentiments in Ostdeutschland – Nimmt Sachsen eine Sonderstellung ein? Forschungsjournal Soziale Bewegungen 35 (1), S. 230–236.
- Schrörs, Tobias / Wehner, Markus* 2024: Friedenspartei mit Kriegsproblem. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.08.2024, S. 5.
- Tagesschau* 2024: CDU ringt um ihre Haltung zum BSW. In: Tagesschau, 19.08.2024. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/bsw-cdu-kritik-100.html> (letzter Zugriff: 02.09.2024).
- Vorländer, Hans / Herold, Maik* 2023: Ein unruhiges Land: Sachsen und seine labile demokratische Kultur. Zeitschrift Für Politikwissenschaft, 33(4), S. 709-736. <https://doi.org/10.1007/s41358-023-00362-6>
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Otteni, Cyrill* 2021: COVID-19 in Sachsen. Sozialräumliche und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens. MIDEM/ TU Dresden.
- Vorländer, Hans* 2024: Revolte im Osten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.08.2024, S. 12.
- Wehner, Markus* 2024a: Gegen die Mitbewerber – und gegen die eigene Bundespartei. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.04.2024, S. 4.
- Wehner, Markus* 2024b: Ein fahriger Höcke will sich nicht erinnern. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.04.2024, S. 2.

## **AUTOREN**

### **PROF. DR. HANS VORLÄNDER**

Hans Vorländer ist Direktor des Mercator Forums für Migration und Demokratie (MIDEM) und des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung (ZVD) an der TU Dresden. Er ist Vorsitzender des Sachverständigenrates für Integration und Migration.

[hans.vorlaender@tu-dresden.de](mailto:hans.vorlaender@tu-dresden.de)

### **DR. MAIK HEROLD**

Maik Herold ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Seine Forschungsschwerpunkte sind Populismus, Protest und politische Polarisierung in Mittel- und Osteuropa.

[maik.herold@tu-dresden.de](mailto:maik.herold@tu-dresden.de)

### **FELIX HORMIG**

Felix Hormig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten, Populismus sowie die Ursachen von Verschwörungsgedanken in der Gesellschaft.

[felix.hormig@tu-dresden.de](mailto:felix.hormig@tu-dresden.de)

### **DR. STEVEN SCHÄLLER**

Steven Schäller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die lokale Governance von Migration, Populismus sowie Integrations- und Teilhabegesetze in den Bundesländern.

[steven.schaeller@tu-dresden.de](mailto:steven.schaeller@tu-dresden.de)

## ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

### **MIDEM untersucht:**

- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Politische und gesellschaftliche Polarisierung
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

### **MIDEM hat zur Aufgabe:**

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten

## IMPRESSUM

ISSN 2570-0715

### **Herausgeber:**

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor  
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden  
Institut für Politikwissenschaft/  
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung  
Philosophische Fakultät  
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811  
midem@mailbox.tu-dresden.de  
www.forum-midem.de

### **Redaktion:**

Johanna Haupt

### **Mitarbeit:**

Friedrich Hausmann  
Hanna Kahler  
Lewin Schüring  
Barbara Zippelius

### **Gestaltung:**

VOLLBLUT GmbH & Co. KG

© MIDEM 2024

*MIDEM ist ein Forschungszentrum an der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.*

